



## Der Geduldsfaden reißt

**GEW-Forum am 20. Februar:**  
Anerkennung  
ausländischer Abschlüsse

**Hanauer-Kolumne:**  
Achtung,  
nicht barrierefrei!

**Neue Klassenfahrtrichtlinie:**  
Mehr Geld  
für Schulreisen

---

## Moment mal

### „Stopp, so nicht mit uns!“

Schulleiter:innen,  
verschafft Euch Gehör

Von Karsten Krüger

Dass der eine oder andere Reformbedarf besteht, bezweifelt niemand – nicht nur im Bremer Bildungswesen. Der Fachkräftemangel überlagert derzeit alle anderen Schwierigkeiten. Dass die Kultusministerkonferenz (KMK) beim Problemlösen keine (große) Hilfe ist, bezweifeln auch nur die Wenigsten. Die KMK führt seit Jahren ein statistisches Kunststück auf. Regelmäßig wird berichtet, dass sich mal 115, mal 125 Prozent der fertigen Referendar:innen über eine Stelle freuen können. Das ist wie ein Abiturjahrgang mit 100 leistungsstarken Schüler:innen, und dann bekommen 125 den Hochschulzugang. Kann das mit rechten Dingen zugehen? Geht es nicht. Die Zahlen zeigen, dass die Nachfrage weit größer ist als das Angebot an Absolventen. Also werden die freien Stellen anderweitig besetzt – vor allem mit Bewerber:innen, die nicht Lehramt studiert haben und auch nicht immer vernünftig nachqualifiziert werden. Keine richtige Lösung.

#### Am Hebel der Veränderung

Nachhaltiger wird zwei Ebenen tiefer gedacht. Laut einer Umfrage wünschen sich Schulleiter:innen mit großer Mehrheit radikale Reformen. Gut so, denn sie sitzen direkt am Hebel der Veränderung. Und die meisten von ihnen wollen verändern. Dass es viel zu verändern gibt, bezweifelt sowieso niemand. Schulleiter:innen kennen die Schulpraxis mit all den Widrigkeiten des Alltags besser als Senatorinnen oder Kultusminister.

Wie zum Beispiel Regina Buhrdorf, Schulleiterin der Tami-Oelfken-Schule in Bremen-Lüssum. Sie ist genervt von den schlechten Arbeitsbedingungen. Sie hat – stellvertretend für viele mutige Direktor:innen – keine Lust mehr auf das Hauptfach „Irgendwie durchkommen“. Sie und ihr Kollegium wehren sich, gehen mit schonungslosen Realitätsbeschreibungen an die Öffentlichkeit, formulieren Forderungen, damit es pädagogisch sinnvoll weitergehen kann. Und sie

## In-Team

### Das ist ein Grappa wert

„Weihnachtsessen“ im Januar –  
kann man machen

Wir sind durch, mit Stiel voran, im Team intim, ist das eine Backform mit zwei Eiern?, lass' doch mal gut sein, das ist ein Grappa wert, der Stecker ist gezogen, plötzlich ist das Restaurant leer, schon wieder anonym, ich brauche was zu trinken, die ganze Zeitschrift ist in Calibri gesetzt, ist das zwei Mal Fleisch?, ich möchte relativ gesünder leben, außer er ändert das Pronomen, ist doch wie Katze am Ende, wir haben fertig, bis einer heult. hüs



[www.shutterstock.com/StonePictures](http://www.shutterstock.com/StonePictures)

sagen: „Stopp - so nicht mit uns!“ Sie wollen Handlungsspielraum zurück, um wirklich verändern zu können. Die Bildungspolitiker:innen sollten solche Schulleiter:innen wie Regina Buhrdorf nicht vertrösten, sondern beim Wort nehmen – auch wenn gerade keine (Bürgerschafts-)Wahl ansteht.

# Inhalt

2 **Moment mal und In-Team**

4 **GEW Gremien**  
Personalversammlungen, Kita-Gipfel,  
GEW-Veranstaltungen,  
Rück- und Ausblick des GLV

9 **Zeitlupe: Klimawandel**  
Prof. Dr. Antje Boetius

## Schwerpunkt

10 **Vorwort**  
Karsten Krüger

11 **Das Ende der Fahnenstange**  
Wilfried Meyer

14 **Die Lage an der Tami-Oelfken-Schule**  
Karsten Krüger

16 **Die Lage an der  
Paul-Goldschmidt-Schule**  
Burkhard Gerdes

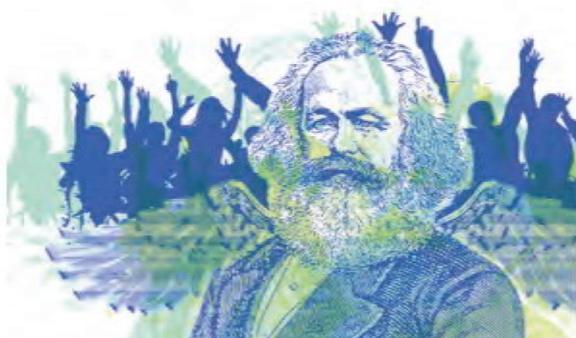
18 **Im Westen brennt es lichterloh**  
Wilfried Meyer

20 **Armut und Bildung**  
Helmut Zachau

24 **Rede auf der Großen PV**  
Dr. Jörn Lütjens

27 **Gefährdungsanzeigen**  
Gertrud Büter

28 **Prekäre Weiterbildung**  
Jessica Heibült



## Bildung und Gesellschaft

30 **Kolumne: Schwerbehinderung**  
Angelika Hanauer

32 **Vorgeschichte der iranischen Diktatur**  
Werner Pfau

36 **Grundschulpolitik**  
Brigitte Schumann

37 **Interview mit Medine Yildiz**  
Werner Pfau

38 **Informatikunterricht**  
Paul Dammann

## Rubriken

39 **Portrait: Vertrauensleute**  
Mareike Kiupel

40 **Recht: Die Last mit der Mehrarbeit**  
Christian Dirbach

41 **Recht: Klassenfahrtrichtlinie**  
Frank Zylinski

42 **GEW intern:**  
Demo in Lützerath und  
FG Hochschule und Forschung

44 **Briefe an die Redaktion**

46 **Nachruf**  
Axel Dietrich

47 **Gratulationen**

48 **Bücher und Medien**

50 **Frischluff**  
Wilfried Meyer

51 **GEW-Termine, Impressum**

52 **Seminare, Preisrätsel**

# Kritische Fragen an die Bildungssenatorin

Große Personalversammlung in der ÖVB-Arena und GEW-Protestaktionen

Von Karsten Krüger

Die „große“ Personalversammlung (PV) stand unter dem Motto „Schule im Krisenmodus. Überlastung ohne Ende. Jetzt reicht es!“ Geschätzte 3000 Beschäftigte waren gekommen. Haupttagesordnungspunkt war das Interview von Angelika Hanauer und Jörn Lütjens mit Bildungssenatorin Sascha Aulepp. Viel Hoffnung auf Besserung an den Schulen war aber unter den Zuhörer:innen auch nach dem Gespräch nicht zu spüren. Zu vage blieb die Senatorin in ihren Ankündigungen. Zu häufig sagte sie: „Das müssen wir uns jetzt einmal genau ansehen.“ Dennoch hofft

und erwartet der Personalrat Schulen, dass bis zur Bürgerschaftswahl am 14. Mai tragfähige Konzepte entwickelt werden, die über das kurzfristige Stopfen von Personallücken mit minder- oder nachqualifiziertem Personal deutlich hinausgehen.

## Protest in Bremen

Im Anschluss gab es eine GEW-Protestaktion vor dem Eingang der ÖVB-Arena (Stadhalle). Viele Kolleg:innen zeigten erst bei und dann nach der PV große Transparente, auf denen sie Verbesserungen einforderten. „Es kann kein ‚Weiter

so‘ geben, die Belastungsgrenzen sind vielerorts überschritten“, forderte Landessprecherin Barbara Schüll. „Die fehlenden Investitionen der letzten Jahrzehnte führen jetzt zu katastrophalen Zuständen in den Bildungseinrichtungen. Fehlende Zeit für Bindungsarbeit, gerade in den Grund- und Oberschulen, trägt auch dazu bei, dass kein gutes Lernklima entstehen kann. Die Folge: Viele Kinder bleiben ohne hinreichende Grundbildung im Lesen, Schreiben und Rechnen und als Konsequenz eine stetig wachsende Anzahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss.



*„Wir erwarten jetzt von der Politik, dass sie an die Zukunft denkt, im Interesse der Kinder und Jugendlichen...“*

Die Reden wurden in Gebärdensprache übersetzt.

(Foto: Karsten Krüger)



GEW Gremien

Gute Laune bei der Demonstration vor der ÖVB-Arena. (Foto: Inge Kleemann)

### Protest in Bremerhaven

Schulisches Personal ging auch in Bremerhaven auf die Straße, um deutlich zu machen, dass das Bildungssystem nur noch abgedreht ist. Eine Gruppe von Lehrkräften und pädagogische Fachkräfte versammelte sich am Rande des Weihnachtsmarktes, um auf die wahn-sinnigen Bedingungen im schulischen Alltag aufmerksam zu machen. „Viele Schüler:innen bekommen schon lange nicht mehr das, was sie benötigen, weil nicht ausreichend Fachpersonal und kaum noch Sonderpädagog:innen vorhanden sind“, sagte Landessprecherin Elke Suhr. Das Personal ist frustriert über die eigene fehlende pädagogische Wirksamkeit und entsetzt darüber, dass in dieser Situation die Anforderungen an die Schüler:innen noch weiter erhöht werden, wie z.B. beim Abitur. Peer Jaschinski, Stadtverbandssprecher der GEW: „Wir erwarten jetzt von der Politik, dass sie an die Zukunft denkt, im Interesse der Kinder und Jugendlichen, die auch ohne Bildungskatastrophe in eine unsichere Zukunft blicken. Deshalb müssen jetzt nicht nur landes-, sondern auch bundesweit die Ausbildungs- und Qualifizierungskapazitäten für alle pädagogischen Berufe ausgebaut und die schulischen Arbeitsplätze attraktiver gestaltet werden.“ ■



Vor großer Kulisse: Interview von Angelika Hanauer und Jörn Lüttjens mit Bildungs-senatorin Sascha Aulepp. (Foto: Karsten Krüger)

### Personalversammlung in Bremerhaven am 2. März

Am **Donnerstag 2. März** findet in Bremerhaven eine stufen-übergreifende Personalversammlung (PV) für alle unterrichtenden, unterweisenden und pädagogisch Beschäftigten, die in oder für Schule arbeiten, statt. Ort der Veranstaltung ist die Walter-Kolb-Halle am Schulzentrum Geschwister-Scholl. Es geht morgens um 8 Uhr los. Die immer höher werdende Arbeitsbelastung, die sich unter anderem aus dem Fachkräftemangel ergibt, und die Frustration über die eigene fehlende pädagogische Wirksamkeit werden auch bei dieser PV eine große Rolle spielen.

# Mehr frühkindliche Bildung

Kita-Gipfel am 16 und 17. Februar an der Uni Bremen

Der Bremer Senat Bremen lädt am 16. und 17. Februar in Kooperation mit dem DGB und der Universität Bremen zum Kita-Gipfel. An der Universität Bremen (GW1, Universitätsallee) gibt es als Auftakt Vorträge, und thematische Workshops in drei Kategorien – Ausbau, Fachkräftemangel und Qualität – um miteinander ins Gespräch zu gehen und Lösungsansätze zu finden. Ziel des Gipfels ist es, einen kurz-, mittel- und langfristigen Pfad aufzuzeigen, wie wir Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung für alle Beteiligten qualitativ hochwertig und gerecht organisieren wollen.

Ziel ist, dass alle Kinder über drei einen Kitaplatz und alle unter drei, deren Eltern sich das wünschen, in Bremen eine Kinderbetreuung bekommen. Anspruch des Gipfels ist es, die mit dem Betrieb, Ausbau und der Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildungseinrichtungen verbundenen Probleme und Perspektiven umfassend und nachhaltig zu beleuchten, um verbindliche Wege zu verabreden und in abgestimmten Schritten zu erreichen, Gemeinsamkeiten festzuhalten und Differenzen zu benennen.



Sie sollen bald mehr frühkindliche Bildung erhalten. (Foto: Susanne Carstensen)

## Weitere Forderungen:

- kleine Gruppen
- multiprofessionelle Teams
- gute Bezahlung, S 8b
- gut ausgebaute Kita-Standorte
- Zeit für Ausbildung, Weiterbildung, Anleitung
- Aufstiegsmöglichkeiten

**Anmeldung** und weitere Informationen:  
Bildungswerk ver.di in Bremen gGmbH  
bremen@bw-verdi.de

## Fachtag: Inklusiv in Schule

Vor allem für Fachkräfte der Inklusion veranstaltet die GEW-Bremen am **Mittwoch 10. Mai** (9 bis 16 Uhr)

einen Fachtag im DGB-Haus. Carlos Escalera hält ein Impulsreferat zum Thema „Gewalt an Schule“.

Die Workshops beschäftigen sich mit Kindeswohlgefährdung, Verhinderungspflege, Rechtsschutz, Multiprofessionalität und Resilienz. Anmeldungen auf unserer GEW Homepage.

# Lichtblick am 20. Februar?

GEW-Forum zur Anerkennung  
ausländischer Abschlüsse

Von *Barbara Schüll*

Mit der großen Zuwanderung syrischer Menschen im Jahr 2015 haben wir in der GEW den Arbeitskreis „Gute Bildung für Geflüchtete“ gegründet. Wir boten für Beschäftigte und Interessierte Fachtage, Informationsveranstaltungen und regelmäßige Sitzungen an. Schnell wurde uns klar, dass wir Kolleginnen und Kollegen mit ausländischen Abschlüssen dringend im Bildungssystem aufnehmen müssen und haben gemeinsam mit verschiedenen Akteur\*innen Veranstaltungen für migrierte Lehrkräfte durchgeführt. Sie waren stets sehr gut besucht, doch leider hat dies nicht zu einer Anerkennung ihrer Abschlüsse geführt. Lange Zeit haben die maßgeblichen Stellen darauf bestanden, dass Lehrkräfte gemäß immer zwei Fächer benötigen. Die Tatsache, dass die Zwei-Fächerlehrkraft weltweit eher die Ausnahme bildet, wurde ignoriert. Relevante Unterrichtserfahrung wurde ebenfalls nur selten anerkannt. Erst jetzt, mit einem wachsenden und sich katastrophal zuspitzenden Fachkräftemangel scheint es einen Lichtblick Richtung Anerkennung zu geben. Deshalb laden wir am **Montag, 20. Februar von 17:30 bis 19:30 Uhr** alle zugewanderten Kolleginnen und Kollegen ins DGB-Haus ein. Bildungssenatorin Frau Aulepp wird anwesend sein und möchte mit den Lehrkräften ins Gespräch kommen, um dann hoffentlich annehmbare Angebote zu machen. ■

## Woche gegen Rassismus

Der Arbeitskreis Zuwanderung plant von **Mo. – Fr. 26. bis 30. Juni** eine Woche gegen Rassismus. Er ist offen für Anregungen, Programmpunkte und Mitgestaltung durch andere Fachgruppen. Wir denken an ein vielfältiges Angebot mit Lesungen, Theater und Musik. Fest steht am Mittwoch, 28. Juni, ein Fachtag „Rassismus in Schule“, am Freitag, 30. Juni, ein antirassistischer Stadtrundgang und am ebenfalls am Freitag, 30. Juni (abends), ein Hoffest und lange Nacht der GEW im DGB-Haus.

# GEW entschuldigt sich für Ausschlüsse in den 70er Jahren

Zeitzeug:innen berichten  
„Von den Grenzen der Toleranz“ am 6. Juni

Von *Andreas Staets*

Sieben Kolleginnen und acht Kollegen aus dem Landesverband Bremen hat die GEW in den 1970er Jahren aus politischen Gründen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Als Grund reichte die Unterstützung einer der vielfältigen kommunistischen Gruppen, die aus der 68er-Bewegung hervorgegangen waren. So entzog der Hauptvorstand der GEW 1976 einer Bremer Kollegin ihre GEW-Mitgliedschaft wegen Unterstützung des Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) mit der Begründung, sie habe in einer Sitzung „eindeutig KBW-Forderungen“ vertreten. Andere waren etwa beim Verkauf der KBW-Zeitung „Kommunistische Volkszeitung“ gesehen worden. Der Gewerkschaftsausschluss traf viele Kolleg:innen hart, denn damit fiel auch der gewerkschaftliche Rechtsschutz weg, den sie für die juristische Auseinandersetzung um oft gleichzeitige Berufsverbote dringend brauchten.

Die Praxis und Folgen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW hat der Hamburger Historiker Dr. Marcel Bois im Auftrag der GEW untersucht. In den Akten des GEW-Hauptvorstandes konnte er die Ausschlüsse auch der Bremer:innen nachvollziehen. Anders ist es z.B. mit verweigertem Rechtsschutz oder der Nichtaufnahme in die GEW, die die Historikerin Dr. Alexandra Jaeger im Auftrag des Landesverbandes am Beispiel der GEW Hamburg festgestellt hat. Für eine entsprechende Untersuchung für Bremen fehlen leider die Akten. Die GEW entschuldigt sich nun bei den damals ausgeschlossenen Mitgliedern für das unsolidarische Verhalten.

Über ihre Studien berichten Alexandra Jaeger und Marcel Bois auf Einladung der GEW Bremen am **Dienstag, 6. Juni, um 18 Uhr** im Tivoli Saal des DGB-Hauses Bremen. An der Veranstaltung „**Von den Grenzen der Toleranz**“ – Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW nehmen auch Zeitzeug:innen teil. Sie kann auch Schüler:innen und Studierenden einen guten Einblick in die politisch aufgewühlten 1970er Jahre bieten. ■

# Rückblicke und Ausblicke

## Erschöpfte Kollegien und die Suche nach neuen Leuten für den Personalrat

Von *Barbara Schüll*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erneut haben wir ein Jahr enormer Herausforderungen bewältigt und oft unsere Kraftreserven voll ausgereizt. Wir, die Beschäftigten der Kitas, der Schulen, der Hochschulen, der Universität und der Personal- und Betriebsräte. Kaum hatten wir die Pandemie einigermaßen einordnen und unserem Bildungsauftrag nachkommen können, standen wir vor der Auseinandersetzung Krieg und Frieden. Der Ukraine-Krieg wirkte unmittelbar auf uns ein. Die Folgen wie neue Fluchtströmungen, steigende Energiekosten und Empfehlungen zur Vorratshaltung erreichten uns unverzüglich, und wieder einmal reagierten wir entschlossen mit direkter persönlicher Hilfe, Spenden und integrativen Angeboten. Wir haben gehandelt - ohne Doppelbesetzung und Fachpersonal für Inklusion, oft ohne Personal für jede Klasse. Jonglierend zwischen zwei, und schlimmstenfalls drei Klassen als Aufsicht. Kolleginnen und Kollegen haben Stunden aufgestockt, Schüler und Schülerinnen haben Tische zusammengeschieben und Platz für neue Kinder und Jugendliche geschaffen.

### Enorme Kraftanstrengung

In Krisen bekommen wir immer wieder erstaunlich viel gestemmt. Doch das geht nicht spurlos an uns vorbei. Immer häufiger hören wir direkt nach den Ferien, dass sich kein Erholungsgefühl eingestellt hat. Die Erschöpfung sitzt tief. Die stetig wachsenden Aufgaben und Pflichten im Beruflichen und Privaten verlangen von jeder und jedem Einzelnen enorme Kraftanstrengungen. Und eins wird noch deutlicher: Kinder ohne häusliche Unterstützung bleiben auf der Strecke. Ohne qualifizierte Binnendifferenzierung in kleinen Gruppen

werden Schülerinnen und Schüler die angestrebten Bildungserfolge nicht erreichen. Dies wirkt sich auch als Belastung auf Beschäftigte aus, denen oft die Zeit für die benötigten Unterstützungsmaßnahmen fehlen. Auch fehlen kollegiale und Familien unterstützende Arbeitsmodelle, so dass Kolleginnen und Kollegen neben der Wahl der Teilzeitbeschäftigung andere Betätigungsfelder entdecken und den belastenden Sektor Bildung verlassen. Gegen das Gefühl des Ausgeliefertseins, gegen das Gefühl, nichts ändern zu können, ist es gut und wichtig eine andere Perspektive anzunehmen. Ich empfehle den gewerkschaftlichen Blick und lade euch ein, wagt den Schritt und nehmt teil an Fachgruppen und Seminaren.

***Gemeinsam Stärke zeigen, in kleinen und großen Aktionen, ist möglich. Sei dabei!***

### Zwei Tarifrunden

Bereits in diesem Jahr starten die Vorbereitungen der Personalratswahl 2024. Wir brauchen Angestellte und Beamte, die bereit sind, diesen wichtigen Bereich durch ihre Mitarbeit zu stärken. Weiter stehen zwei große, uns betreffende Tarifrunden, an. Aktuell befinden wir uns in der Tarifverhandlungsrunde Öffentlicher Dienst (TVÖD, bis voraussichtlich März 2023): Betroffen sind zum Beispiel Erzieher:innen der KITAs in Bremen, in Bremerhaven die Erzieher:innen an den



[www.shutterstock.com/StonePictures](https://www.shutterstock.com/StonePictures)

Schulen). Die Arbeitgeberseite äußert sich nicht wohlwollend zu der gestellten Forderung von 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro. Für Angestellte an Schulen (wie nicht unterrichtende Pädagog:innen freier Träger und SKB-Beschäftigte, sowie angestellte Lehrkräfte) beginnt die Tarifverhandlung-Länder (TV-L) im Herbst. Die Besoldung der Beamten und Beamtinnen orientiert sich an diesem Ergebnis.

Also wichtige Ereignisse für uns alle, so dass es wichtig wird, diese Berufsgruppen flankierend zu unterstützen. Über die aktuellen Ergebnisse halten wir euch per Homepage, Newsletter und dem Bildungsmagazin immer auf dem Laufenden, und über gemeinsames Engagement freuen wir uns. Gemeinsam Stärke zeigen, in kleinen und großen Aktionen, ist möglich. Sei dabei! ■



Barbara Schüll,  
Landesvorstandssprecherin

# Die Tiefsee gibt mir Hoffnung

Über den Quell allen Lebens und seine Bedrohung

## Wie kann die weitere Zerstörung der Ozeane verhindert und die Meereserwärmung gestoppt werden?

Wir wissen, dass das Leben auf der Erde, wie wir es kennen, ohne den Ozean nicht existieren würde. Wir kennen die Meeresströmungen, wissen, wie viel Wärme aufgenommen wird, wie tief die Meere sind, wie viel Kohlendioxid sie schlucken. Aber in allen Bereichen gibt es noch viel zu forschen. Wir wissen nicht genau, wie lange es dauerte, bis die Meere sauerstoffreich wurden, wie oft der Ozean seinen Sauerstoff wieder verloren hat und warum – und wie das in Zukunft sein wird, wenn die Erderwärmung steigt. Es bestehen Unsicherheiten. Ein Beispiel ist das Artensterben im Meer und wie man die Lebensvielfalt am besten schützt. Neuen Hochrechnungen zufolge schwinden die Arten derzeit im Meer schneller als an Land. Zugleich ist aber unklar, warum das so ist, was dagegen getan werden kann.

## Wo zeigen sich die Folgen des Klimawandels am deutlichsten?

Beim Schwund von Meereis in der Arktis, der Abschmelzrate von Gletschern, dem Ausbleichen von Korallenriffen weltweit und den Hitzewellen im Meer. 2012, im Jahr mit der bisher größten Meereissschmelze, war ich mit unserem Forschungseisbrecher „Polarstern“ in der Arktis. Wir haben den Rückgang des Eises verfolgt und erforscht, was mit den im Eis lebenden Organismen passiert. Riesige Mengen an Meereisalgarn sind in die Tiefe gesunken. Im nächsten Jahr wieder holen wir diese Arbeit. Wir wollen klären, wie sich das Leben verändert, wenn das Meereis schwindet. Ich sorge mich um die Folgen für große Meeressäuger, wie das arktische Walross, das seine Jungen nicht großziehen kann, wenn die Eisfläche fehlt. Hitzewellen im Meer sind zerstörerisch. Letztes Jahr sind Millionen von Organismen durch Überhitzung gestorben und wurden bergeweise vor der Pazifikküste angeschwemmt. Hitze bedroht auch die Nord- und Ostsee.

## Was muss die Politik angehen?

Klare Regeln zum Schutz der Meere gibt es schon länger, aber sie müssen nun dringend von dieser Bundesregierung umgesetzt werden, weil wir unsere Ziele bislang nicht erreicht haben, auch nicht in Nord- und Ostsee. Wir müssen die chemische Belastung und Überdüngung unserer Küstengewässer zurückfahren, es darf also viel weniger Nitrat aus den Böden in die Meere gelangen. Es gilt, Windparks auszubauen und mit dem Raumbedarf



Prof. Dr. Antje Boetius  
(Foto: AWI)

*Prof. Dr. Antje Boetius ist Deutschlands "Hochschullehrerin des Jahres". Der Deutsche Hochschulverband begründet die Auszeichnung für die Meeresforscherin und Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven u. a. mit ihrem Engagement, einem breiten Publikum in unterschiedlichsten Medienformaten anschaulich die Rolle des Meeres für unser Leben zu vermitteln. Sie hat dem Greenpeace-Magazin ein Interview gegeben, aus dem wir Auszüge veröffentlichen.*

von Naturschutz, Fischerei und Verkehr sinnvoll zu verknüpfen. Denn für alles reicht der Platz gar nicht. Und Deutschland muss Stellung sowohl zur Finanzierung des internationalen Meeresschutzes wie auch zu den Fragen des Tiefseebergbaus beziehen. Im Meeresboden gibt es riesige Rohstoffvorkommen, deren Gewinnung aber viel Zerstörung anrichten könnte.

## Die Vereinten Nationen haben die „Dekade der Ozeanforschung“ ausgerufen. Erlebt die Forschung goldene Zeiten, erhalten Sie mehr Geld?

Trotzdem, abgesehen von der großartigen Entscheidung, dass unser Forschungsschiff „Polarstern“ einen Nachfolger bekommt, ist für die Meeres- und Klimaforschung wahrscheinlich weniger Geld da. Da es um globale Probleme geht und wir diese nicht allein – weder in nationalen noch in europäischen Grenzen – lösen können, geht es um sehr große Änderungen. Ich persönlich versuche zu verstehen, wie die Spielregeln einer globalen Gesellschaft lauten könnten, in der es uns Bürgerinnen und Bürgern und der nächsten Generation leicht gemacht wird, das Richtige zu tun.

## Gibt es Orte am oder im Meer, die Ihnen trotz allem Hoffnung geben?

Auf jeden Fall. Immer, wenn ich in die Tiefsee tauche, dann sehe ich diesen riesigen Raum, voller fremder Lebewesen, wie ein anderer Planet, wo wir noch vieles richtig machen könnten. ■



Schwerpunktthema:

# Wenn Notrufe verstummen

## Immer mehr Schulbeschäftigte sind verzweifelt

Von Karsten Krüger

Wenn Schüler:innen sagen „Ich kann nicht mehr“, würden Pädagog:innen sofort aufhorchen, von der Tagesordnung abweichen und sich der Sache annehmen – auch wenn sie dies nicht immer ausführlich oder nachvollziehbar begründen. Wenn Lehrkräfte und andere Schulbeschäftigte nicht mehr können, können sie Gefährdungsanzeigen schreiben. Das sind Notrufe in eigener Sache. Sie begründen diese Anzeigen eigentlich immer ausführlich und nachvollziehbar. Und trotzdem bekommen sie nur selten Antwort, manchmal gar nicht. Ohne Übertreibung: Das ist ein Skandal (dazu bitte Bericht auf Seite 16 lesen).

Aber es gibt auch andere Negativschlagzeilen, mit denen sich die Bildungsbe-

hörde auseinandersetzen muss oder sollte. Unsere Autorinnen und Autoren beschreiben in ihren Berichten diverse Missstände in Kindergärten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Sie verschlechtern bei den Beschäftigten die Stimmung, verringern ihre Hoffnung auf Besserung und vergrößern die Bereitschaft, Probleme öffentlich zu machen.

Uns in der Redaktion wurde angst und bange bei den Zahlen und Statistiken, die unsere Berichtersteller:innen an ihrem Arbeitsplatz erlebt oder recherchiert haben. Nur ein paar Bremer Beispiele: Mehr als 5000 Kita-Plätze fehlen, der Lehrkräfte-Bedarf ist nur zu etwa 90 Prozent gedeckt oder in einer Schule werden bald elf von 15 Klassen aus Raumnot in ihren Klassenräumen mittagessen.

**Das reißende Seil auf unserer Titelseite war für die Redaktion auch die Grundlage für die Planung der Fotoserie in dieser Ausgabe. Wir wollten wissen: Wann reißt bei Dir der Geduldsfaden? Geantwortet haben diesmal vor allem unsere engagierten GEW-Funktionär:innen, die sich täglich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Und bessere Arbeitsbedingungen wünschen sich derzeit nahezu alle Schulbeschftigten. Susanne Carstensen hat sie alle – wie gewohnt – gut in Szene gesetzt.**

Die Redaktion wünscht viel Spa beim Lesen und dabei wieder den einen oder anderen Erkenntnisgewinn. ber Rückmeldung – nicht nur zu diesem Schwerpunkt – freuen wir uns.

# Das Ende der Fahnenstange

Kita- und Schulbeschäftigte, Gewerkschaft und Politik in der Endlosschleife

Von Wilfried Meyer

WAZ vom 30. Dezember 2022, ein Interview mit Saskia Esken, SPD: „Der aktuelle Bildungstrend (des IQB) hat Erschreckendes zutage gefördert: Ein Viertel der Kinder erwerben(!!) in der Grundschule nicht die notwendigen Basiskompetenzen, um mit Erfolg eine weiterführende Schule zu besuchen...Das ist ungerecht...Bildungschancen hängen in Deutschland immer noch viel zu stark vom Elternhaus ab...Das ist für ein Land wie Deutschland unwürdig. Wir brauchen deshalb besser ausgestattete Kitas und Schulen mit mehr Ganztagsbetrieb zur Stärkung der Sprachkompetenz und für die bestmögliche Förderung aller Kinder.“ Wovor erschrickt sie sich, die Fakten sind seit Jahren bekannt, die SPD seit Jahren in der Regierung der BRD und auch der Länder. Warum tun sie nichts und reden nur? Mit diesen Statements, besonders vor Wahlen, könnte man ganze Schulen tapezieren. Die Frau ist Bundesvorsitzende der Sparte, weiß sie gar nichts vom Bildungsbereich. (Immerhin hat sie ihr Studium abgebrochen) Wie oft haben wir Fachleute obige Sprechblasen schon gehört? Dutzendfach seit PISA 2004!

## Szenewechsel: Personalversammlung im Dezember

Auf viele brennenden Probleme vom Personalrat angesprochen, hatte die anwesende Senatorin Aulepp überwiegend folgende Antworten: Das müssen wir uns genau angucken, wie kann das gelingen, werden gemeinsam hinschauen auch mit Personalrat, da werden wir genau hinschauen als Behörde, da müssen wir nach vorne gucken- uns aber nicht verstecken...Und solche Auftritte sind uns jahrelang geboten worden. Konkrete Zusagen: Fehlanzeige. Investitionen: nur notwendige und um weiteren Zusammenbruch zu kaschieren. Es fehlt natürlich am Geld („für die Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix! Uraltspontispruch, gilt aber immer noch?)

## Deformierung der Bildung

Und deshalb wird die Situation inzwischen zurecht von vielen Schulbeschäftigten und Eltern als Bildungsnotstand oder



[www.shutterstock.com/StonePictures](http://www.shutterstock.com/StonePictures)

Bildungskatastrophe oder besser noch als Armutszeugnis bezeichnet.

Irgendwann hat man die Nase voll und sagt sich, jetzt reicht's. Nicht umsonst steigen die Zahlen zu Teilzeit und Krankheit, unser Beruf leidet an Attraktivität, weil die Bedingungen im Lauf der Jahre immer schlechter geworden sind. Äußerungen von 35jährigen „ob ich das mein ganzes Berufsleben machen möchte, bezweifle ich“ hört man jetzt öfter. Über pädagogische Inhalte und Fragen finden kaum noch Gespräche oder Diskussionen statt. Einerseits, weil die Zeit knapp ist neben vielen überflüssigen Aufgaben.

## Testkultur-Inkompetenz

Andererseits weil unsere Kerntätigkeit des Unterrichts und pädagogischen Beurteilens immer mehr in Korsette gerät. So wie die Testerei, seit PISA 2004(!), die jetzt trotz der fast zwanzig jährigen Misserfolgsgeschichte, in Bremen durch ein neues „Qualitätsinstitut“ auch noch absurder Weise forciert wird. Wenn man die Testerei ernstnehmen würde, müsste das Scheitern nach zwei Jahrzehnten doch akzeptiert werden. Vera-Tests wurden vor 10 Jahren durch Unterschriften von über 700 Grundschulkolleginnen abgelehnt. Diese „Reformen“

*„Von humanistischer Bildung sind wir weiter entfernt denn je. Junge Menschen sollen wir für den Output, den Markt „fit“ machen. Und selbst das wird angesichts der Lage immer schwieriger. Die heutige Schule wird den Kindern und Jugendlichen nicht gerecht.“*

haben für Bremen NULL Fortschritt gebracht. Gleichzeitig mit der Testerei wurde auch die „Kompetenzorientierung“ und „Kompetenzraster-Zeugnisse“ eingeführt. Die pädagogische Verantwortung durch Nähe und Urteilsfähigkeit wurde in wenigen Fächern zu Ankreuzverfahren und Testeritis degradiert. Das wurde aber nie ausgewertet. Für viele Fächer ist dieser Ansatz offensichtlich gar nicht durchführbar. Kunst, Musik, Sport, Sachunterricht, Werken... Absurd, dass es nur für Mathe und Deutsch gilt. Im übrigen müsste auch das IQB in Berlin als Testmacherin dringend evaluiert werden, denn die Testerei hat zu nichts geführt außer „teaching to the test“. Dort sitzen keine pädagogischen Fachkräfte, die Schule kennt man nur von außen. Von humanistischer Bildung sind wir weiter entfernt denn je. Junge Menschen sollen wir für den Output, den Markt „fit“ machen. Und selbst das wird angesichts der Lage immer schwieriger. Die heutige Schule wird den Kindern und Jugendlichen nicht gerecht.

#### **Nun zu Bremen, homemade by SPD**

Was ist aus § 26-31 der Bremer Verfassung geworden? Papier ist geduldig.

Auf die ältere Leserschaft werden die meisten der geäußerten Kritiken und Forderungen dieses Schwerpunktes ermüdend wirken, um ehrlich zu sagen: sie hängen zum Hals raus. Das seit Jahrzehnten von der SPD geführte Bildungsressort, jetzt auch inklusive des Kita-Bereichs, hat den Bereich zusehend an die Wand gefahren, jetzt scheint die Fahrt dem Ende zuzugehen. (Anmerkung: Mit der zensurengeilen FDP und der Selektionspartei CDU wäre die Fahrt sicher schon eher zu Ende.) Auf Mängellisten soll hier verzichtet werden, denn der Platz dafür reicht nicht aus und es ist müßig, wieder und wieder die gleichen Feststellungen zu treffen. Die Fakten des Niedergangs der bremischen Bildung liegen seit Jahren auf dem Tisch. Es gab nie einen ernsthaften Plan, eine Kontinuität über Jahre, immer kamen neue Köpfe in die Behörde und scheiterten. Das gibt bis heute aber niemand zu. Es hieß immer vor der Wahl: Bildung ist am Wichtigsten, unsere Zukunft, Bla, Bla. Nach der Wahl gab es Stückwerk oder gar keine Fortschritte, oder ist etwas besser geworden? Gab es eine echte Reform, die die Arbeit verbessert hat? Die Redaktion bittet dringend um Rückmeldung.

#### **Wo der Honig duftet summen die Bienen - Verantwortung kostet sie nichts**

Fortbildungsverpflichtung und Präsenzzeitverordnung durch Lemke. „Inklusion“ durch Jü-Pi, zurückgetreten aus Geldmangel, also nicht durchführbar bis heute. Übernahme des Amtes durch nicht gewählte Quante-Brandt, keine Annäherung an Ausgaben wie sie andere Stadtstaaten pro Schüler:in tätigen, anschließend als Wissenschaftssenatorin keine Wiederaufnahme diverser heute und damals notwendiger Studiengänge wie Sport, Sonderpädagogik, Arbeitslehre. Im Gegenteil, schaut euch die vergammelten, abbruchreifen Uni-Sportanlagen an. Hier der absurde Witz für Jüngere: Heute entblödet sie sich als neue Vorsitzende des Landessportbundes nicht, kritisch auf die Mängel im Sportbereich (Leute, Gebäude, Anlagen...) hinzuweisen (WK 12. Dezember 2022.). Diese hat sie aber selbst mitverschuldet, wenn nicht sogar zu verantworten. Die Diebin ruft haltet den Dieb. Nächste Wahl, neues Glück: Sieling kommt, weil Börsen geht. Die ungewählte Bogedan kommt, weil Q-B. geht. Großer Fortschritt (?): Apple kommt mit Ipadis in die Schule, jetzt geht das leistungsbezogene Lernen richtig los! Kleiner Scherz! Bundesweit gefeiertes Bremen, Erste in Digitalem! Sieling geht, Bovenschulte kommt, ungewählt. Lehrkräfte fehlen, Sozialarbeiter fehlen, Inklusion geht gar nicht, Ganzttag holpert... Bogedan geht mitten in der Pandemie der Probleme, eine ungewählte Aulepp kommt. Und Frau Aulepp: bleibt vermutlich bis zur Wahl im Amt? Wir sind gespannt auf das neue SPD-Kaninchen aus dem Wahlzylinder.

#### **Wer sich dagegen nicht wehrt, der lebt verkehrt.**

Und dann geht es immer weiter abwärts, wenn nicht von uns dagegen und für Bildung etwas unternommen wird. Gewerkschaft und gewerkschaftlich orientierter Personalrat wollen dabei unterstützen. Die Situationen lassen sich aber nur in den Kitas und Schulen und Hochschulen konkret behandeln. Die Misere muss endlich ausgesprochen werden, Maßnahmen und Protest dagegen unternommen werden. Offensichtlich sind die Parteien dabei nicht behilflich, im Gegenteil oft hinderlich. Das gilt es auch bei der Bürgerschaftswahl zu bedenken. Das von uns nicht ausgesuchte Hamsterrad muss zum Stillstand kommen. Widerstand ist gelebte Demokratie. ■



#01

Mir  
reißt der



Gedulds  
faden

**Carmen Rehkopf, Lehrerin und GEW-Schatzmeisterin**  
...wenn Schüler:innen nach der zehnten Klasse die einfachsten Deutsch-, Mathematik- oder Englischinhalte nicht verstehen, und man an der Berufsschule fast auf Grundschulniveau wieder anfangen darf. Die jungen Menschen sollen ins Berufsleben starten und sind total unvorbereitet auf das Leben.

Foto: Susanne Carstensen

# „Sieben Zeitstunden in nur einem Raum“

Das Kollegium der Tami-Oelfken-Schule hadert mit den schlechten Arbeitsbedingungen.

Von Karsten Krüger

**D**ie Tami-Oelfken-Schule in Bremen-Lüssum war Thema einer Aktuellen Stunde in der Stadtbürgerschaft nachdem die Lehrkräfte mit ihren Gefährdungsanzeigen eine Art Notruf abgesetzt hatten.

Die **Steuergruppe der Schule** und **Schulleiterin Regina Buhrdorf** gaben dem **bildungsmagazIn** Auskunft über die derzeitige Situation. Sie blicken mit großen Sorgen in die Zukunft.

## Die Tami-Oelfken-Schule wird ab Sommer fünfzünftig: Ist das pädagogisch sinnvoll zu schaffen?

Eine Fünfzügigkeit stellt jede Schule vor Herausforderungen. Bei uns kommt aber noch hinzu, dass wir eine inklusive, gebundene Ganztagschule sind. Und das macht einen großen Unterschied, ob die Kinder um 13 Uhr nach Hause gehen oder bis 15 Uhr beschult werden. Eine inklusive Ganztagschule erfordert unter anderem ein gutes Raumkonzept: Die Kinder benötigen angemessene Rückzugsräume als auch ausreichend Bewegung. Kinder, die sieben Zeitstunden in nur einem Raum verbringen, in dem gelernt, getobt und gegessen wird - ist das auszuhalten? Und das im inklusiven Kontext? Für das Kollegium der Tami-Oelfken Schule ist das indiskutabel.

Für unsere Schule bedeutet die Fünfzügigkeit, dass wir temporär unsere Kinderküche und unseren Zirkusraum aufgeben werden. Die Konsequenzen für unsere Schule sind zum Beispiel folgende: „Mama lernt Deutsch“ wird beendet, regelmäßige Lerngelegenheiten für alle Schüler\*innen im ästhetischen und sportlichen Bereich sowie Entspannungs- und Bewegungsangebote sind nicht mehr umsetzbar, die Turnhallenzeiten für die KiTas im Stadtteil entfallen und damit ein Aspekt in der Gestaltung des Übergangs KiTa-Grundschule. Es werden 11 von 15 Klassen in den Klassenräumen zu Mittag essen. Die Überbelegung unserer Schule betrifft auch die Pausensituation. Schon nach der Umstellung auf die Dreizügigkeit gab es keine zusätzlichen Spielgeräte und mehr Konflikte. Nun fallen weitere Spielflächen durch die Mobilbauten weg, gleichzeitig sind mehr Kinder auf dem Schulhof. Eine Erholung im Sinne der Rhythmisierung ist somit kaum gegeben.

Hinzu kommt, dass drei Klassenverbände keinen festen sowie klassennahen Differenzierungsraum haben. Separate Rückzugsräume für Kinder mit Förderbedarf entfallen - vor allem für Schüler\*innen mit Förderbedarf im Bereich Autismusspektrumstörungen. Ab Schuljahr 2024/25 müssen zusätzlich Sporthallenzeiten reduziert werden. AG/Kreativ-Bänder in geteilten Gruppen sind dann nicht mehr umsetzbar.

## Wann werden die Container-Klassenräume einsatzbereit sein?

Es wurde bereits kommuniziert, dass die Mobilbauten nicht rechtzeitig zum Schuljahresbeginn stehen werden. Wir haben verstanden, dass die Lieferzeit ca. 13 Monate beträgt, so dass wir davon ausgehen, dass die Mobilbauten frühestens im Februar 2024 bezugsfertig sein werden.

## Wie ist der aktuelle Stand der Gefährdungsanzeigen?

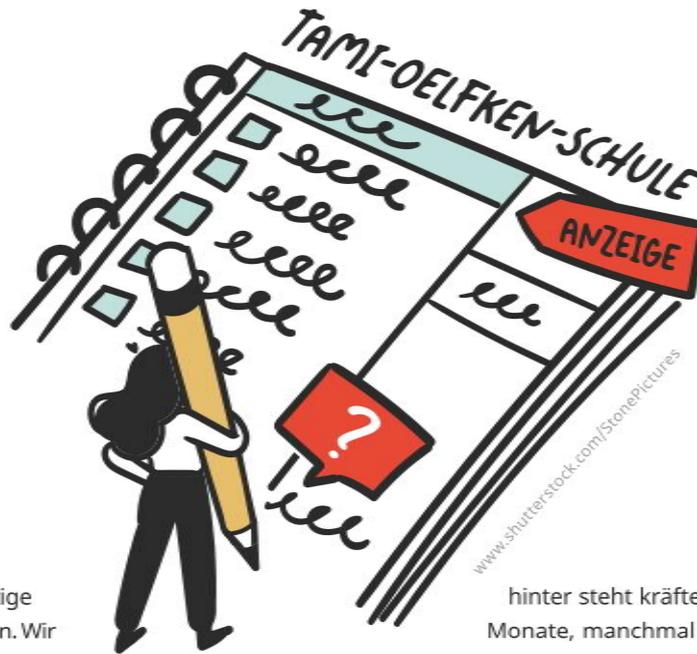
Die Gefährdungsanzeige bezog sich auf die bestehende Dreizügigkeit und die daraus resultierenden Belastungen. Das Kollegium hat bislang noch keine Antwort erhalten. Allerdings erfuhren wir, dass eine Fünfzügigkeit für Sommer 2023 geplant ist. Diese neue Situation bereitet allen große Sorgen, da hier weiter steigende Belastungen zu erwarten sind. Wir befürchten, dass der anhaltend hohe Krankenstand sich verschlimmern und eine Personalgewinnung erschwert sein wird.

## Welche Professionen neben den Lehrkräften fehlen Ihrer Schule besonders?

Zum Zeitpunkt der Überlastungsanzeige fehlten 135 Stunden im Assistenzbereich. Ab Februar sind es planmäßig 20 Stunden. Des Weiteren sind zwei Stellen (Sozialpädagog\*in und Psycholog\*in) der IHTE-Maßnahme der Hans-Wendt-Stiftung unbesetzt.

## Was erwarten Sie von der Bildungsbehörde?

Wir haben seit Jahren Problemlagen und Bedarfe klar benannt. Nun wünschen wir uns zeitnahe Hilfen und eine produktive Zusammenarbeit und dass endlich kurzfristige Lösungen



gefunden, sowie mittel- und langfristige Planungen verlässlich umgesetzt werden. Wir erwarten zum einen eine Reaktion auf ein von uns verfasstes Positionspapier und die Gefährdungsanzeige. Zum anderen die Unterstützung bei der Setzung von Anreizen für die Personalgewinnung. Und die Angleichung der Arbeitsbedingungen der Erzieher\*innen an die KiTa (TVL 8a nach 8b, Vor- und Nachbereitungszeit, etc.)

#### Was sind die größten Wünsche der Beschäftigten auch mit Blick auf die Bürgerschaftswahl?

Die Anerkennung des Bildungsauftrages der Schule für alle Schüler\*innen und die Bereitstellung aller dafür nötigen Mittel und systemischen Veränderungen, um das Ziel der Bildungsgerechtigkeit umsetzen zu können. Dafür braucht es deutlich weniger Schüler\*innen pro Klasse (maximal 15 Kinder und trotzdem eine Doppelbesetzung) und für viele Kinder ein zusätzliches Jahr in der Grundschule, um die nötige Alltagssprache und Grundkompetenzen für eine Schulreife zu erlangen. Wir wünschen uns, dass getroffene Entscheidungen und zukünftige Unterstützungsangebote auch nach der Wahl parteiübergreifend Bestand haben werden, um eine Planungssicherheit zu bekommen.

Auch eine Veränderung der Berechnungsmodelle für die Schulstandortplanung würden wir uns wünschen, sodass aktuelle Bedarfe frühzeitig erkannt und geplant werden können.

#### Was halten Sie von der Tami-Oelfken-Berichterstattung der Bildzeitung?

Niemand aus der Tami-Oelfken-Schule hat mit der Bildzeitung gesprochen. Problematisch ist, dass es in den Artikeln auch Falschaussagen gab und es sprachlich zudem sehr polemisch formuliert war. Schwierig ist, dass wir als Bremens „Problemschule“ titulierte wurden. Wir sind keine Problemschule!

#### Wann reißt bei Ihnen, Frau Buhrdorf, der Geduldsfaden?

Eine Überlastungsanzeige des Kollegiums ist kein Spaß. Da-

hinter steht kräfteaubende Arbeit vieler Monate, manchmal auch Jahre, zahlreiche Besprechungen und die Erkenntnis am Schluss, dass wir uns mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht weiter selbst helfen können. Als Schulleiterin stehe ich in diesem Fall voll hinter meinem Kollegium, weil ich sehe wie sie sich für die ihnen anvertrauten Kinder einsetzen. ■

#### Das sagt Bildungssenatorin Sascha Aulepp zur Lage an der Tami-Oelfken-Schule

In keinem Quartier in Bremen sind in so kurzer Zeit so viele zusätzliche Menschen hingezogen wie auf der Lüssumer Heide in Blumenthal - entgegen aller Prognosen. Über die Hälfte davon sind Kinder. Kurze Wege brauchen kurze Wege. Wir brauchen schnell eine zusätzliche Grundschule in Blumenthal. Das habe ich durchgesetzt. Sie wird mit Hochdruck geplant.

Aber bis dahin brauchen wir weiter das solidarische Engagement und den Einsatz des Kollegiums vor Ort. Ich sehe die besonderen Herausforderungen. Und wir müssen alles in unserer Macht stehende tun, um eine gute, konkrete Unterstützung zu geben. Räume werden umgewandelt und ausgestattet, Sanitäranlagen umgebaut und Möbel bestellt. Alles wird bis zum Sommer 2023 fertig sein. Zusätzlich soll ein weiterer Mobilbau Ende 2023 genutzt werden können.

Eine Riesenkraftanstrengung für die Beschäftigten bleibt es aber auf alle Fälle. Dafür kann ich mich nur bedanken. Denn auch die Kolleginnen und Kollegen vor Ort wissen: die Kinder auseinander zu reißen und einen Teil von ihnen jeden Tag weit durch die Stadt zu karren ist keine kindgerechte Alternative.

# Wenn Räume und Personal fehlen

Die akut unbefriedigende Situation an der Paul-Goldschmidt-Schule

Von Burkhard Gerdes



Burkhard Gerdes,  
Sonderpädagoge

Wenn ich sage, es reicht, dann muss ich mich auch fragen, was ist es, das reicht und warum verliere ich jetzt, nach 25 Dienstjahren, die Geduld und schreibe diesen Artikel?

Liebe Kolleg:innen, seit Februar 1998 arbeite ich als Sonderpädagoge an der Paul-Goldschmidt-Schule, damals Schule an der Louis-Seegelken-Straße, ein Förderzentrum für körperliche und motorische Entwicklung in

Bremen-Lesum. Die Paul-Goldschmidt-Schule ist eine staatliche Schule und kann von Kindern mit körperlichen und/oder motorischen Beeinträchtigungen aus dem gesamten Stadtgebiet angewählt werden. Die Schülerschaft dieser Schule ist sehr heterogen von leichter körperlicher Beeinträchtigung bis zu schwerst-mehrfacher Behinderung. Unterrichtet und betreut werden die Schüler:innen im Halbttag durch multiprofessionelle Teams, bestehend aus Sonderpädagog:innen aller Fachbereiche, Heilerziehungspfleger:innen, Krankenschwestern, Krankenpflegern und Erzieher:innen.

## Es reicht - Die Raumsituation

Das Schulgebäude ist für maximal 80 Schüler:innen geplant worden, momentan haben wir aber mehr als 160 Schüler:innen, Tendenz steigend. Viele Schüler:innen der Paul-Goldschmidt-Schule sind Seiteneinsteiger aus der Inklusion, die dort nicht die für sie notwendige Förderung erhielten. Aufgrund dieser Überbelegung wurden Fachräume zu Klassenräumen umfunktioniert und es fehlt an Differenzierungsräumen! Sowohl der Kunst-, Werk-, Snoezel- als auch der Musikraum mussten aufgegeben werden. Momentan wird ein Gebäudeteil renoviert, die Klassen wurden in ein schulnahes dreistöckiges Gebäude ausgelagert und während dieser Umbauphase gibt es kein Mitarbeiter:innenzimmer mehr. Dieses Provisorium ist für alle dort untergebrachten Klassen kaum zumutbar.

Mehrere Klassenräume sind zu klein für die Anzahl der Schüler, Unterrichtsdifferenzierung findet oft auf den Fluren vor den Klassen statt. Es gibt für viele Schüler:innen in diesem Gebäude keinen angemessenen Pausenbereich, die Schulpausen finden zu versetzten Zeiten im Flurbereich statt. Die räumliche Enge führt zu Stress bei Schüler:innen und dadurch zu Stress bei den Betreuungskräften. Die Fahrstühle sind verhältnismäßig klein und reparaturanfällig, dadurch kann die Bewältigung der Wege in bzw. aus dem Gebäude zu Beginn und bei Schulschluss sehr lang dauern. Zudem gibt es drei Standorte, an denen die Schüler morgens ankommen bzw. am Mittag abfahren. Der Transfer in die jeweiligen Klassenräume ist personal- und zeitintensiv.

## Es reicht - Die Personalsituation

Nach fast drei Jahren Corona, in denen alle Mitarbeiter:innen durch zusätzliches Engagement die Schule unterstützt haben, fehlt vielen die Kraft, Ausfälle aufgrund von Krankheiten haben zugenommen. Zudem ist die Zahl der Langzeiterkrankungen gestiegen. Dadurch steigt die Belastung der anwesenden Kolleg:innen weiter. Arbeitsschutz, Fürsorgepflicht und Personalbindung sehen anders aus. Seit Beginn dieses Schuljahrs ist die Personallage dramatisch schlecht! Durch fehlendes nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal, Schwangerschaften und Erkrankungen waren in der Zeit von Anfang September 2022 bis zum Jahresende immer wieder Schulkassen in der Notbetreuung. Für viele Mitarbeiter:innen bedeutete dies, dass sie erst morgens erfuhren, in welchem Team sie zur Betreuung eingesetzt wurden. Ein geplantes pädagogisches Agieren ist so nicht möglich. Da sich die Personalsituation in naher Zukunft nicht verbessern wird, hat die Schulleitung den Kolleg:innen der Mittelstufe am 5. Dezember mitgeteilt, dass die Mittelstufe von sieben auf sechs Klassen reduziert werden soll. Diese Umsetzung wurde zum 16. Januar umgesetzt, das heißt, die davon betroffenen Schüler:innen und Kolleg:innen haben innerhalb des Schulhalbjahrs die Klassen und Teams gewechselt!

Die Anzahl der Schüler:innen pro Klasse ist gestiegen. Der Fachkräftemangel an der Paul-Goldschmidt-Schule hatte auch

#02

Mir  
reißt der

Gedulds  
faden

zur Folge, dass die Schulleitung mehrfach personelle Zusagen nicht einhalten konnte. Dies führt zu Spannungen zwischen den betroffenen Klassenteams und der Schulleitung! Durch den Einsatz von Kolleg:innen der Stadtteilschule wird versucht, den Personalmangel zu kompensieren! Diese Kolleg:innen sollten nur kurzfristige Vertretungen übernehmen, in der momentanen Situation werden sie häufig darüber hinaus eingesetzt. Das führt bei vielen zu erheblicher Belastung. Auch die Schulleitung ist durch diese Situation außerordentlich gefordert.

#### Es reicht – Die Rahmenbedingungen

Eine Schulentwicklung ist unter diesen Voraussetzungen kaum möglich. Die Einführung der Ganztagschule an der Paul-Goldschmidt-Schule und die mögliche Auslagerung der Grundstufe an eine Grundschule ortsnah in Lesum sind weitere Großprojekte, die geplant und umgesetzt werden müssen.

#### Es reicht – für die Eltern

Durch die häufige Notbetreuung entfällt viel Unterricht für ihre Kinder. Für die Eltern, deren Kinder nicht in die Notbetreuung der Schule gehen können, ist es eine zusätzliche Belastung. Planbarkeit des familiären Alltags ist bei ihnen so kaum möglich.

#### Es reicht – für die Schüler:innen

Häufiger Personalwechsel führt bei vielen Schüler:innen zu Verunsicherung und Stress. Im Notdienst gibt es oft nur Betreuung statt Unterricht, es fehlt die gewohnte Klassenzusammensetzung. Viele Schüler:innen an unserer Schule sind auf ein vertrautes Umfeld angewiesen.

Was braucht es für die Überwindung dieser Krise? In erster Linie braucht es mehr Geld für den Bildungsbereich. Ohne den konsequenten Willen, die Schulmisere in Bremen zu überwinden, werden wir nicht aus dem Krisenmodus herausfinden. Es braucht mehr nichtunterrichtendes pädagogisches Personal. Da



#### Barbara Schüll, GEW-Landesvorstandssprecherin

...wenn Geld für außer schulische Lernorte gestrichen werden wie zum Beispiel beim Spielhaus in Gröpelingen oder bei der Kinder- und Jugendfarm in Habenhausen. Und wenn Quereinsteiger:innen in Schulen ohne Mentorenzeit als gute Lösung gehalten werden.

Foto: Susanne Carstensen

es auch in diesen Berufsgruppen einen Fachkräftemangel gibt, muss die Attraktivität der Stellen zum Beispiel durch bessere Bezahlung erhöht werden. Es braucht mehr unterrichtendes Personal, damit die Kolleg:innen der Stadtteilschule nicht überlastet werden. Es braucht eine Verbesserung der Raumsituation: Die Ausgliederung der Grundstufe muss vorangetrieben werden. Neubauten sind großzügig zu planen und zu bauen. Dabei sind auch Räume für den Betrieb einer Ganztagschule mitzudenken. ■

# Im Westen brennt es lichterloh

Schulleitungen sind völlig verzweifelt

Von Wilfried Meyer

**S**tellvertretend für eine Vielzahl von Schulleitungen hatten sich die Grundschule Pastorenweg und die Grundschule am Halmerweg, unterstützt von weiteren Schulen, an den Beirat gewandt: „Wir sind völlig verzweifelt“. Warum? Hier folgt die uns bekannte Aufzählung der Probleme, von Frau Sascha Aulepp verniedlichend Herausforderungen genannt, die sich seit Jahren angestaut haben: Traumatisierte, nicht deutschsprechende, sozial-emotional auffällige, aus verschiedenen Wertesystemen kommende Kinder, ohne Strukturen, zum Teil hungrig. Kinder, die Potenzial haben und Fähigkeiten mitbringen, „die wir stärken müssen“, die Schulen aber „verzweifeln, weil wir ihnen nicht gerecht werden können.“



[www.freepik.com](http://www.freepik.com)

## Nicht wundern

Auch wenn der Weserkurier das als „erschreckend“ bezeichnet, muss festgehalten werden, dass sich der Schrecken über die Jahre, in denen die Behörde und der Senat versagt und die Augen verschlossen hat, gelegt und bei manchen einer Wut und Enttäuschung, oder eben Verzweiflung, gewichen ist. Die SPD weiß Bescheid, der Zentrale Elternbeirat weiß Bescheid, wir wissen es alle: Die Schulen können unter den Bedingungen von unterbesetzten Kollegien, hohem Krankenstand, fehlenden Unterstützungssystemen, Bürokratie und zum Teil auch maroden Gebäuden, eigentlich nicht mehr arbeiten. Eigentlich. Irgendwie wird der Laden am Laufen gehalten und auch das neue „Qualitätsinstitut“ wird daran nichts, absolut nichts, ändern. Die Ergebnisse aller aktuellen Tests sind nur Spiegelbild dieser Situation.

## Bundesweit sieht es so aus

Die Robert Bosch Stiftung stellte zuletzt ebenfalls fest: „Personalmangel, Bürokratie und Arbeitsbelastung“ sind die größten

Probleme. „Vor allem in Schulen in sozial benachteiligter Lage sind die Lernrückstände... gravierend.“ „Rund die Hälfte der Schulen kann aktuell keine weiteren zugewanderten Schüler:innen mehr aufnehmen.“ (Deutsches Schulbarometer/ 1055 Schulleiter:innen im Oktober/November 2022)

## Die Bremer Politik rudert

Auf all dieses reflexartig von der Bremer Bildungsbehörde mit Forderungen nach mehr Mathematik, mehr Deutsch, Schulung von Lehrkräften zu reagieren, das wird die Situation nur verschärfen. Der Hilfeschrei diverser Schulen aus dem Westen ist nur stellvertretend für andere Stadtteile und hat übrigens geballt schon mindestens einmal vor zehn Jahren stattgefunden. Passiert ist nichts. Da war der jetzige Parteiobere Mustafa Güngör

schon Bildungsdeputierter. Und vor ihm die Senatorin Bringfriede Kahrs. Also: sowohl die Politikerinnen des Stadtteils (u.a. Petra Krümpfer) als auch die Beiratsmitglieder wissen es, nur wie und warum sollen sie gegen die eigene Partei agieren? Welche Mittel bleiben denn, um die Situation zu ändern? Der Run auf Schulleitungsstellen, der Run auf ein Lehrkräftestudium findet aus oben genannten Gründen nicht statt. Eine Ausbildung in benötigten Fächern findet auch nicht mehr statt. Die Verantwortlichen zeigen immer auf die vertane Zeit vor ihrer Amtszeit und merken gar nicht, dass irgendjemand, sofern es überhaupt politisch gewollt ist, einfach wieder mit Investitionen im Bildungsbereich starten muss. Anders wird es nicht funktionieren.

## Fazit

Die Karre wurde sehenden Auges gegen die Wand gefahren. Die Beschäftigten sollen es ausbaden. Das wird sicher an weitere Grenzen stoßen. ■



#03

Mir  
reißt der



Gedulds  
faden

Elsa Valente, Erzieherin an der Heidjer Schule, Bremerhaven  
... weil es immer noch kein einheitliches Konzept an den Schulen  
gibt, bezüglich der Arbeitsorganisation. Irgendwann ist die  
Vorbereitungszeit erschöpft.

Foto: Susanne Carstensen

# Das Bermuda Dreieck der Kids und der Scheinriese Politik

Was Armut und Bildungsungerechtigkeit miteinander zu tun haben

Von Helmut Zachau



Helmut Zachau,  
Bildungsexperte

**B**ei den vergangenen gefühlten zehn Bürgerschaftswahlkämpfen wurden wir Wähler\*innen immer wieder von den Plakaten her angesprochen, dass nun dieses Mal aber wirklich die Priorität der Gestaltung im Bereich der Bildung liegen würde. Ist die Durchlässigkeit im Sinne eines gesellschaftlichen Aufstiegs auf der Basis guter Bildungsabschlüsse auch für

Kinder aus den wenig begüterten Haushalten der Republik besser geworden, ist das großartige Versprechen der Chancengerechtigkeit schon eingelöst oder wenigstens durch Abbau von Bildungsbarrieren ein wenig erfüllt, führt das Inklusionsversprechen wirklich zu einer besseren Förderung aller Kinder im Bildungssystem, erfüllt also die Politik die Versprechen, die es gegenüber den Wähler\*innen alle vier Jahre wiederholt?

Wir wissen, dass Kinder leichter lernen, wenn sie zu Hause entsprechend gefördert werden, also die Umfeldbedingungen so sind, dass sie Vorbilder und Räume zum Lernen haben. Wir wissen auch, dass gesunde Kinder besser lernen können als kranke. Materielle Status, Bildung und Gesundheit sind die wesentlichen Bausteine, die die Grundlage für einen erfolgreichen Bildungsweg bilden. Wenn nur einer in diesem Bermuda Dreieck nicht funktioniert, dann steigt die Wahrscheinlichkeit eines Scheiterns in der Schule rapide.

## **Bis zu 80 Prozent armutsgefährdet**

Die von den Kolleg\*innen jeden Tag spürbaren unterschiedlichen Bildungsverhalten beginnen aber nicht erst mit dem Schuleintritt, sondern der Aufbau der Barrieren beginnt bereits vor der Geburt. Die Kindersterblichkeit ist in Gröpelingen doppelt so hoch wie im übrigen Stadtgebiet. Schon bleiben also

etliche an der ersten Hürde unwiderruflich hängen. Die Bremer Armutskonferenz - ein Zusammenschluss von Arbeitnehmerkammer, Sozial- und Interessenverbänden einschließlich der GEW sowie kirchlicher Einrichtungen - führte deswegen bereits 2013 die erste Konferenz zum Thema Kinderarmut durch und stellte im Ergebnis fest, dass sich in Bremen fast 30 und in Bremerhaven fast 40 Prozent in einer armutsgefährdeten Lebenslage befinden. „Teilweise betrifft das auf Ortsteilebene mehr als jedes zweite Kind, auf Quartiersebene bis zu 80 Prozent der Kinder.“ Aktuell stellt der Kinderschutzbund fest, dass 42 Prozent der Bremer Kinder - also wesentlich mehr als noch 2013 - von Armut bedroht sind, was zur Folge hat, dass bezogen auf Suchtmittelkonsum, Mediensucht, Übergewicht, Sprachentwicklungsstörungen und schlechte Zähne überdurchschnittliche Folgen feststellbar sind. Die Entwicklung ist also dramatisch und mittlerweile auch amtlich festgestellt. „Kinder aus problembelasteten Ortsteilen hatten wesentlich häufiger auffällige Befunde. Ein Drittel dieser Kinder wies Vorerkrankungen auf, fast 16 Prozent waren übergewichtig oder adipös. Des Weiteren waren Kinder aus besonders problembelasteten Ortsteilen häufiger verhaltensauffällig und häufiger entwicklungsverzögert, 40 Prozent beherrschten die deutsche Sprache kaum oder nur unzureichend.“ Dieser Befund ist das Ergebnis der Schuleingangsuntersuchungen 2016. Der Bericht ist auch nur öffentlich zugänglich, weil die Armutskonferenz immer wieder diese Gesundheitsdaten eingefordert hat. Und trotz der Aufforderung, diese Berichte regelmäßig zu liefern, geschieht das nicht. Es könnte ja ein politischer Handlungsbedarf sichtbar werden.

## **Die unzulänglichen Tests**

Am Schulbeginn sind die einen prima konditioniert und die anderen sind nicht etwa dümmer, sie haben nur die A-Karte. Die Grundschullehrkräfte nehmen sich dieser Kinder mit voller Hingabe an, arbeiten mit ihnen intensiv, erreichen individuelle Lernfortschritte und dann kommt in Klasse 4 die Sortierung. Die misst nicht etwa die Prozesse, also wo kommen

#04

Mir  
reißt der



Gedulds  
faden



die Kinder her und was ist in der Schule erreicht worden, sondern sie stellt wesentlich einen für alle geltenden Leistungsstand fest, der sich weitgehend an den Normen der bildungsbürgerlichen Mittelschicht orientiert. Mit den vielen begleitenden Tests wird auch nicht alles gemessen, was Bildung erreichen soll, denn sonst könnte es nicht sein, dass Sachsen mit seinem Spitzenplatz den höchsten Anteil rechtsradikaler jugendlicher Wähler\*innen hat. Für die engagierte Bremer Kollegin kommt wieder die Meldung des letzten Platzes, soll wohl heißen, dass die Kollegien nicht ordentlich arbeiten würden. Wenn eine Bremer Lehrkraft im Urlaub ist, wird sie sich manchmal schwertun, gegenüber Dritten ihren Beruf zu verraten, denn dann ist sie wegen der Bekanntheit der Roten Laterne sofort in Erklärungsnot.

#### Das Symbol Qualitätsinstitut

Und nach jeder PISA-Bekanntgabe folgen die gleichen Erklärungsmuster. Ja, Bremen hat besonders viele Kinder, die unter prekären Bedingungen leben, aber man werde jetzt weiter an der Verbesserung der Qualität der Schulen arbeiten. Nun ist damit nicht wesentlich eine bessere Ausstattung der Schulen oder der Kitas gemeint oder womöglich konzeptionelle Klarheit für den Umgang mit den schwierigen Bedingungen. Nein, Politik braucht öffentlich wahrnehmbare Symbole. Also wird ein Qualitätsinstitut gegründet, weil das ja auch in Hamburg angeblich so prima funktioniert. Dass Hamburg pro Grundschüler beispielsweise über 40 Prozent mehr Mittel als Bremen aufwendet, wird natürlich verschwiegen. Und dass Hamburg

#### Elke Suhr, GEW-Landesvorstandssprecherin

...wenn der Fachkräftemangel dazu führt, dass sich die Bundesländer, Städte, Kommunen oder auch einzelne Standorte unsolidarisch verhalten, indem sie sich untereinander Personal abwerben und auch nicht davor zurückschrecken dort abzuwerben, wo die Misere noch größer ist. Stattdessen braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung, um aus dieser Krise rauszukommen.

Foto: Susanne Carstensen

bei der Versorgung mit vorschulischen Einrichtungen ebenfalls deutlich vor Bremen rangiert, wird auch nicht benannt. Mit mehr als 20 Stellen wird das Institut also künftig die Schulen belehren, was sie besser zu leisten haben, obwohl sie es wegen der schulischen Bedingungen gar nicht können. So stellt sich die

*„Darüber hinaus muss unsere Gewerkschaft deutlich offensiver werden. Das wird ihr aber nur gelingen, wenn sich mehr Kolleg\*innen in die Arbeit einbringen.“*

öffentlich präsentierte Lösung als Scheinriese heraus, je näher man an die tatsächliche Umsetzung kommt, desto deutlicher wird ihre Unwirksamkeit. Nebenbei bemerkt hat die Gründung des Instituts zur Folge, dass im Bildungsressort jetzt außerhalb der politisch gesetzten Spitze sechs Stellen in der oberhalb des höheren Dienstes liegenden B-Besoldung bestehen. In der Zeit der Bremer Ampel in den neunziger Jahren gab es eine – die des Landesschulrates und die hatte einen KW-Vermerk. So organisieren die Bürokraten ihre eigenen Bedingungen, es scheint für den Rest ein wenig die Kraft zu fehlen.

**Druck, Krankheit, Resignation**

In den Schulen baut sich der Druck auf die Kollegien immer weiter auf, weil die aus der Gesellschaft kommenden zunehmenden Probleme nicht angemessen verarbeitet werden. Der Mangel führt zu Entsolidarisierungen, jede® ist sich selbst der/die Nächste. Selbst der Vorsitzende des Schulleitungsverbandes fordert die Aufgabe des Versuchs, über zentrale Steuerungsmechanismen wenigstens eine halbwegs gleichmäßige Verteilung des Mangels zu erreichen. Die Folgen sind klar: Der moralische Druck, der sich aus dem Umgang mit den real vorhandenen Kindern ergibt, führt zu einer Intensivierung der Arbeitsleistung. Die Lehrkräfte überfordern sich in der Hoffnung, dass es irgendwann einmal besser werden wird. Stattdessen wächst der Druck, die Krankheitsrate steigt, die Resignation nimmt wegen der im Alltag bezogen auf die Notwendigkeiten wahrgenommenen Hilflosigkeit zu. Menschen, die auf Dauer solchen Drucksituationen ausgesetzt sind, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit früher oder später krank. Sie kündigen entweder richtig oder nur innerlich. Die bei ihnen so erzeugten Schäden bleiben und sind nicht abbaubar, indem ein Jahr später die Arbeitsbelastung reduziert wird, sagen uns die Arbeitswissenschaftler. So ist aktuell eine Spirale feststellbar, die unweigerlich zu mehr Belastungen und somit auch zu weiteren Ausfällen in den Kollegien führen wird. Und eine Besserung ist nicht in Sicht. Das Bildungswesen wird implodieren, wenn nicht Grundlegendes geändert wird.

**„Nutzt die Konferenzen“**

Die Kinder sollen in den Schulen auf die Gestaltung ihrer Zukunft vorbereitet werden. Sie sind darauf angewiesen, dass sie hier und heute das Rüstzeug dafür erhalten. In wenigen

Jahren müssen sie mit dem erlernten Instrumentarium ihr Leben gestalten. Aktuell werden Kindergenerationen um ihre Zukunftschancen betrogen und die kommenden noch mehr, weil keine Prozesse sichtbar sind, wie die real vorhandene Bildungskatastrophe beseitigt werden kann.

Was kann die pädagogische Fachkraft in Kita und Schule also tun, um in diesem Chaos zu bestehen, das auf schulischer Ebene nicht grundlegend beseitigt werden kann? Zunächst bietet sich an, den kollegialen Zusammenhalt in den Schulen zu stärken. Bildet Zusammenhänge, in denen ihr euch austauscht und gemeinsam eure Arbeit reflektiert. Die Ergebnisse der Bildungsstudien sind nicht Ergebnis des individuellen Versagens, sondern sie spiegeln die offensichtliche Unfähigkeit von Politik und Verwaltung wider, die notwendigen Prozesse angemessen zu organisieren und zu finanzieren. Nutzt eure Konferenzen zur Regelung der Arbeit im Rahmen eurer Möglichkeiten und macht über diesen Weg deutlich, was unter diesen Bedingungen nicht mehr geht. Fordert ein, dass die Mittel, die für nichtbesetzte Stellen zur Verfügung stehen, den Schulen/Kitas zugewiesen werden, damit diese in Eigenverantwortung kreative oder bewegungsbasierte Projekte umsetzen. Nutzt einen gewerkschaftlichen Rahmen auf Schulebene, weil der euch schützt. Bildet schulische/vorschulische Netzwerke im Quartier, damit ihr nicht gegeneinander ausgespielt werdet. Habt keine Angst vor versuchten Repressionen der Behörde. Sie wird nicht riskieren, auch nur eine engagierte Fachkraft zu verlieren.

**GEW muss offensiver werden**

Darüber hinaus muss unsere Gewerkschaft deutlich offensiver werden. Das wird ihr aber nur gelingen, wenn sich mehr Kolleg\*innen in die Arbeit einbringen. Also überlegt doch einmal, ob ihr trotz der realen Überbeanspruchung am Arbeitsplatz ein wenig Zeit für eure eigene Interessenvertretung organisieren könnt, wenn schon nicht für euch, so doch wenigstens im Interesse der Kinder.

Übergeordnet bringt der Zusammenschluss Armutskonferenz die Situation der Kinder immer wieder in die gesellschaftliche Debatte ein. So wird die 5. Armutskonferenz am 2. März zum Thema Migration stattfinden. Einer der Schwerpunkte wird Bildung sein. ■



#05

Mir  
reißt der

Gedulds  
faden

Gerlind Baum, Verwaltung Personalrat Schulen  
Bremerhaven

...bei Ungerechtigkeiten und diese sehe ich im großen  
Maß mehr werden. Nicht nur in der Bildung.

Foto: Susanne Carstensen

# „Bremen ist im Bildungsnotstand“

Die Eröffnungsrede auf der Personalversammlung

Von Dr. Jörn Lütjens



Dr. Jörn Lütjens, Vorsitzender Personalrat Schulen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Senatorin,

Deutschland befindet sich in mehreren Krisen, Bremen befindet sich in mehreren Krisen und auch die Bremer Schulen erleben gleich mehrere Krisen auf einmal. Muss ich sie benennen?: Corona, Krieg, Klima, Finanz-/Verteilungskrise, aber die größten Krisen in Schulen sind hausgemacht. Ihr habt es

in den Medien gesehen: Die Tami-Oelfken-Schule, symptomatisch für Bremen Nord, aber auch für Schulen im Bremer Westen oder Süden, wenden sich in größter Not an die Öffentlichkeit.

Frau Senatorin, wenn Sie sich hier umschauen, blicken Sie auf motivierte pädagogische Fachkräfte, die einen wichtigen Baustein der multiprofessionellen Teams in Schule ausmachen. Auch diese leiden unter den Arbeitsbedingungen. Insbesondere können, das kann man gar nicht oft genug sagen, multiprofessionelle Teams ihre Wirkung nur dann entfalten, wenn sie auch Zeit für Teamabsprachen und Kooperation haben. Zeit innerhalb ihrer regulären Arbeitszeit, wohlgemerkt. Nichts kosten würde es die Behörde hingegen, den Kolleg:innen mit Wertschätzung zu begegnen, indem ihre Fachlichkeit ernst genommen wird, anstatt ihnen durch die Arbeitsbedingungen eine Arbeitsweise aufzuzwingen, die ihrer fachlichen Kompetenz überhaupt nicht entspricht.

## Fachkräftemangel in der Bildungsbehörde?

Die Probleme sind vielfältig, fast alle aber gehen auf eines zurück: den Fachkräftemangel an Schulen. Nun, die offiziellen Zahlen zur Versorgung mit Lehrkräften (zu anderen Berufsgruppen werden derzeit keine Zahlen veröffentlicht) wurden uns - nicht wie in früheren Jahren - erst in den letzten Tagen von der Behörde übermittelt, und auch nur in einem unhandlichen Format, das kaum Auswertungen zulässt. Man bekommt

den Eindruck, auch die Bildungsbehörde leidet unter einem Fachkräftemangel, manche Aufgaben wie die Bearbeitung von Gefährdungsanzeigen werden gar nicht mehr oder nur mit erheblicher Verzögerung erledigt (siehe auch xxx). Aus den Daten, die wir vorliegen haben, lässt sich folgendes sagen: Der Lehrkräfte-Bedarf an Schulen ist im Schnitt zu etwa 90 Prozent gedeckt. Das bedeutet, zehn Prozent der zu gebenden Stunden werden regulär nicht besetzt! Hinzu kommen weitere Ausfälle durch Krankheiten, Mutterschutz, Elternzeit, Fortbildungen und andere nichtunterrichtliche Verpflichtungen. Außerdem sind in den 90 Prozent auch alle Referendar:innen und Stadtteilschulbeschäftigte enthalten.

## Die Zeit der Notmaßnahmen

Fun-Fact: Als ich 2014 als Seiteneinsteiger an meine erste Schule kam, wurde auf der ersten Dienstversammlung verkündet, die Schule sei zu 98 Prozent mit Lehrkräften ausgestattet. Es dauerte einen Moment, bis ich begriff: das wurde als gar nicht so schlecht beurteilt! Ich habe einmal in die aktuellen Zahlen geschaut, die niedrigste Ausstattungsquote liegt bei einer Schule bei unter 60 Prozent! Und das sind nur die Lehrkräfte – die Zahlen für andere Berufsgruppen gehen aus diesen Daten gar nicht hervor. Ist überhaupt eine Schule in Bremen ausreichend personell ausgestattet? 41 Prozent der Schulen haben weniger als 90 Prozent Versorgung; 13 Prozent weniger als 80 Prozent. Schulen treffen bereits Notmaßnahmen. Etliche setzen teilweise den Ganztags aus. Sonderpädagog:innen in Doppelbesetzung und Pädagogische Mitarbeiter:innen werden als Vertretungs- bzw. Betreuungskräfte eingesetzt. Kolleg:innen werden aufgefordert, zwei oder mehr Klassen parallel zu beaufsichtigen. Das solltet ihr ablehnen. Lasst euch die Anweisung schriftlich geben, remonstriert, damit ihr nicht haftet, wenn etwas passiert. Vorausschauendes Personalmanagement - ist es wirklich so schwierig? Wir glauben nicht und haben dazu ein Handbuch mit drei einfachen Regeln herausgebracht: 1. Wenn zu wenig qualifiziertes Personal vorhanden ist, stelle neues ein. 2. Wenn zu wenig qualifiziertes Personal für Neueinstellungen verfügbar ist, bilde neues aus. 3. Wenn trotz Ausbildung und Stellenaus-

#06

Mir  
reißt derGedulds  
faden**Andreas Staets,  
GEW-Geschäftsführer**

...wenn ich sehe, dass es trotz aller Warnungen der GEW wieder nicht gelungen ist, den jahrhundertealten Schweinezyklus der Lehrerbildung zu verlassen: Statt rechtzeitig auszubilden, wurde wieder auf den Lehrkräftemangel gewartet, der jetzt mit Notmaßnahmen gelindert wird. Und für die anderen pädagogischen Professionen, die in Schulen und Kitas arbeiten, sieht es nicht besser aus.

Foto: Susanne Carstensen



schreibungen nicht genügend qualifiziertes Personal gewonnen werden kann, erhöhe die Attraktivität der Arbeitsstellen. Experten-Tipp: Dies gelingt meistens durch höhere Bezahlung, geringere Belastung/Arbeitszeit und bessere Rahmenbedingungen oder eine Kombination dieser drei Faktoren.

### In die Ausbildung investieren

Aus all dem lässt sich eine Feststellung ableiten: Bremen befindet sich im Bildungsnotstand. Dies sollte vom Parlament und der Senatorin genauso benannt werden, analog zum Klimanotstand. Damit meine ich nicht, dass die Krisen in Konkurrenz treten sollten. Aber ein Notstand ist ein Notstand. Und aus dieser Feststellung folgen Tatsachen, in erster Linie lassen sich damit Notmaßnahmen rechtfertigen. Notmaßnahmen, das kennen wir ehrlich gesagt bereits seit vielen Jahren: Überladen des Personals mit Mehrarbeit, Abspecken des Angebots, Einstellung von unterqualifiziertem Personal. Allerdings würde durch den Status Bildungsnotstand auch deutlich, was auf der anderen Seite jetzt gemacht werden muss: massive Investitionen in Bildung, vor allem auch auf der Ausbildungsseite. Bildung muss im Haushalt endlich die Priorität bekommen, die ein Grundrecht wie Bildung haben sollte.

### Zu lange Präsenzzeiten

Wir stellen fest, dass maximal erlaubte Präsenzzeit an vielen Schulen häufig überschritten wird, insbesondere bei Teilzeitbeschäftigten. Da wir nicht die Dienstpläne aller Beschäftigten selber überprüfen können, rufen wir euch dazu auf, dies selber zu tun. Eine Anleitung, wie das geht, findet ihr auf unserer Homepage. Das Gute: Anders als die Gesamtarbeitszeit, die schwerer fassbar ist, kann die Präsenzzeit leicht bestimmt und bei Überschreiten dagegen vorgegangen werden.

### Der Deal der Schulleitungen

In Bremen gilt: Eine Unterrichtsstunde hat 45 Minuten. Nicht mehr und nicht weniger, das ist gesetzlich festgelegt. Abweichungen davon sind im Rahmen eines Arbeitszeitmodells möglich, das eine Schule für sich beschließen kann; dieses muss aber auch noch von der Behörde genehmigt werden und der Personalrat muss diesem zustimmen. Zuletzt sind uns mehrere Schulen zur Kenntnis gelangt, bei denen Unterrichtsstunden mit einer von 45 Minuten abweichenden Zeit zur Anwendung kommen, ohne dass dies mit uns abgestimmt worden wäre. Diese Modelle sind nicht rechtens. Nun kann man ja einwenden, wenn ein Kollegium das so beschließt, ist das doch okay. Wir raten aber davon ab, denn die Arbeitszeit für Lehrkräfte wird immer noch in Unterrichtsstunden gemessen. Wer beispielsweise nur 40 Minuten pro Unterrichtsstunde hat, kann dann doch rein zeitmäßig mehr unterrichten, oder? Pro Stunde fünf Minuten, das bedeutet alle acht Unterrichtsstunden eine Stunde mehr. Merkt Ihr was? Ein guter Deal für Schulleitungen; für die Lehrkräfte eher nicht. Wer an seiner Schule abweichend von der 45-min-Regel unterrichtet, möge uns bitte Bescheid geben!

### Dokumentationspflicht ist überflüssig

Zum Schluss noch etwas Positives: Die Dokumentationspflicht für Fortbildungen wurde vorerst erlassen. Yeah! Liebe Frau Senatorin, vielen Dank dafür. Es geht wohlgerne nur um die Dokumentation, nicht die Fortbildungen selber. Freilich glauben wir, dass die Dokumentationspflicht ohnehin überflüssig ist, und haben einen entsprechenden Antrag an die Senatorin gestellt: Bitte streichen Sie dauerhaft die Verpflichtung, Fortbildungen zu dokumentieren. ■



#07

Mir  
reißt der



Gedulds  
faden

**Corinna Genzmer, GEW-Stadtverbandssprecherin und  
Gründungsbeauftragte der Bildungsabteilung des ReBUZ West**

...wenn nach der Bürgerschaftswahl im neuen Bildungshaushalt nicht genügend Mittel bereitgestellt werden, um nachhaltig die Qualität in den Schulen besser zu gestalten. Dazu gehören Schulbauten, wo sich alle wohlfühlen und qualifiziertes Personal, inklusive Nachqualifizierung und Weiterbildung für den Quer- und Seiteneinstieg. Die Maßnahmen an den vier ReBUZ müssen ausgebaut werden, um eine regionale Beschulung zu ermöglichen. Dafür braucht es neue Stellen, besonders für Sozialpädagog:innen.

Foto: Karsten Krüger

# Keinerlei Rückmeldungen von der Bildungsbehörde

Gefährdungsanzeigen: Personalrat Schulen pocht auf Einhaltung der Regeln

Von Gertrud Büter



Gertrud Büter,  
Personalrat Schulen

Die Gefährdungsanzeige ist ein gutes Mittel, um Gefährdungs- und Belastungssituationen zu dokumentieren und die Verantwortung für diese an den Dienstherrn zurückzugeben. Dass eine angezeigte Gefährdung unmittelbar abgestellt wird, kann man nicht erwarten. Es ergeben sich nicht zwingend Handlungspflichten seitens des Dienstherrn, allerdings können im Einzelfall dem Dienstherrn Fürsorge- und

Schutzpflichten im Sinne von einer Schadensabwendungspflicht obliegen, soweit möglich und mit dienstlichen Belangen vereinbar, um die Gesundheit der Beschäftigten vor Gefahren zu bewahren, die mit der Dienstverrichtung verbunden sind.

## Haftungsrisiko ausschließen

In erster Linie dient die Gefährdungsanzeige dazu, sich dem Haftungsrisiko bei einem möglichen Schadenseintritt zu Lasten des Dienstherrn zu entziehen. Wenn beispielsweise die sonderpädagogische Förderung in einer Klasse aufgrund von Personalmangel nicht stattfindet, können die Fachkolleg:innen eine Gefährdungsanzeige einreichen, weil die Schüler:innen mit Förderbedarfen die ihnen gesetzliche zustehende Förderung nicht erhalten.

## Ganze Kollegien melden sich zu Wort

In jüngster Zeit nutzten ganze Kollegien Gefährdungsanzeigen, um auf Überlastungssituationen in ihren Schulen aufmerksam zu machen: fehlendes Personal, steigende Schüler:innenzahlen, Raumknappheit, Aufgabenfülle waren zum Beispiel die Themen. Inzwischen leider „normaler“ Alltagswahnsinn an vielen Bremen Schulen. Es handelt sich hier um strukturelle und keinesfalls um individuelle Probleme einzelner Kolleg:innen, aber trotzdem ist die Gefährdungsanzeige ein Individualinstrument. Wenn mehrere Kolleg:innen einer Schule von den gleichen Gefährdungen

betroffen sind, können die Gefährdungsanzeigen wortgleich sein, aber jede:r Kolleg:in muss eine eigene Anzeige schreiben. Negative Konsequenzen darf eine Gefährdungsanzeige für die Beschäftigten nicht haben (vgl. Arbeitsschutzgesetz § 17 Abs. 2).

## Klare Verfahrensregeln

Obwohl es mit der Senatorin für Kinder und Bildung und den Interessenvertretungen ein abgestimmtes Verfahren zum Umgang mit Gefährdungsanzeigen gibt, erfahren wir immer wieder von Kolleg:innen, dass sie aus der senatorischen Behörde keinerlei Rückmeldung auf ihre Anzeige erhalten. Das darf nicht sein! Wir pochen unsererseits immer wieder auf die Einhaltung der abgestimmten Verfahrensregeln, die wie folgt formuliert sind:

- Innerhalb von zwei Wochen nach Eingang bei der Schulaufsicht erhält der/die Anzeigende eine schriftliche Eingangsbestätigung.
- die Schulaufsicht fordert ggf. eine Stellungnahme der Schulleitung ein. Nach Eingang dieser prüft die Schulaufsicht, ob eine Gefährdung vorliegt (s.o.) und leitet ggf. Maßnahmen ein.
- Es können Gespräche zwischen dem/der Anzeigenden und der Schulaufsicht erforderlich sein, um den Sachverhalt zu klären.
- Spätestens vier Wochen nach Eingang der Gefährdungsanzeige soll der/die Anzeigende eine schriftliche Mitteilung über den Umgang mit der Anzeige erhalten.
- Die Interessenvertretungen erhalten eine Durchschrift dieser Mitteilung.
- Nach sechs Wochen wird die Durchführung der Maßnahmen, sofern welche beschlossen wurden, von der Schulaufsicht kontrolliert.

## Persönliche Beratung

Weitere Informationen und ein Musterformular für eine Gefährdungsanzeige sind unter: <https://pr-schulen-bremen.de/> zu finden. Außerdem bieten wir persönliche Beratung an. ■

# Perspektivlos und prekär

Die politisch-gesellschaftliche Erwachsenenbildung steckt in der Krise

Von Jessica Heibült



Jessica Heibült, Referentin  
Arbeitnehmerkammer

Die politisch-gesellschaftliche Erwachsenenbildung in Bremen zeichnet sich durch eine Vielfalt von Institutionen, Strukturen und Adressatengruppen aus. Doch die öffentlichen Fördermittel wurden bislang kaum an die wachsenden Herausforderungen der Bildungseinrichtungen angepasst. Dadurch ist die in Jahrzehnten gewachsene Bildungslandschaft gefährdet.

Die Herausforderung der kommenden Jahre liegt vor allem darin, das Angebot und die Qualität für Beschäftigte und politisch Interessierte zu erhalten.

Ohne Frage ist die politisch-gesellschaftliche Erwachsenenbildung ein integraler Bestandteil der Bremer Weiterbildungslandschaft. Sie ist ein „Angebot zur Kommunikation, zur Orientierung, zur Identitätsbildung und so zur Bewältigung von politischen Umbrüchen und den Folgen des tiefgreifenden sozialen und kulturellen Wandels.“<sup>1</sup> Sie stärkt die politische und persönliche Urteilskraft, qualifiziert Beschäftigte u.a. für Ehrenämter und freiwilliges Engagement und sie fördert die für das Zusammenleben und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft so dringend benötigte Kreativität.<sup>2</sup> An ihrer Bedeutung für die Stabilisierung unserer Demokratie und für die Stärkung unserer Zivilgesellschaft kann also kein Zweifel bestehen. Diese Erkenntnisse sind auch Grundlage des Bremer Weiterbildungsgesetzes.

## Ausfallhonorare Fehlanzeige

Diese anspruchsvolle Aufgabenstellung braucht fachlich und methodisch sehr gut ausgebildetes Personal. Die Beschäftigtenstruktur in der Erwachsenenbildung ist sehr heterogen: Dozent\*innen sind hauptberuflich oder nebenberuflich in der Weiterbildung tätig, sie können festangestellt oder komplett freiberuflich beschäftigt sein. Diese Strukturen sind durchaus vorteilhaft, so kommen Dozent\*innen aus ganz unterschied-

lichen Arbeits- und Lebensräumen und prägen dadurch ein vielfältiges Bildungsangebot. Doch gleichzeitig sind die Arbeitsbedingungen zunehmend prekär. Stand Dezember 2022 erhalten Dozent\*innen im Land Bremen durchschnittlich 26 Euro pro Unterrichtsstunde<sup>3</sup> und das nur, wenn die Veranstaltung tatsächlich stattfindet.<sup>4</sup> Diese Umstände bieten keine Perspektive für eine hauptberufliche Tätigkeit als Dozent\*in! Für die anerkannten Weiterbildungseinrichtungen wird es immer schwerer Dozent\*innen zu finden.

## Falsches Signal

Vor allem für Nachwuchskräfte ist die politisch-gesellschaftliche Erwachsenenbildung im Prinzip ohne Aussicht auf Festanstellung nicht attraktiv. Hinzu kommt, dass nach der Abwicklung des Studiengangs Erwachsenenbildung an der Universität grundsätzlich kein Nachwuchs für die Weiterbildung vor Ort mehr ausgebildet wird. Dies ist auch in den Einrichtungen zu spüren. Viele Kurse, Seminare und Bildungszeiten werden von älteren Dozent\*innen durchgeführt. Das ist überaus wertvoll, da die Teilnehmenden von deren Expertise und Erfahrungsschatz profitieren. Es ist gleichzeitig aber riskant, da bei ihrem Ausscheiden viele Angebote wegbrechen werden – wenn keine jüngeren Erwachsenenbildner\*innen nachrücken.

## Mehr Subventionen

Das Berufsbild der politischen Erwachsenenbildner\*innen muss also aufgewertet werden. Die Weiterbildungseinrichtungen können ihre Honorare jedoch nicht beliebig erhöhen, wenn die Seminarangebote für die Teilnehmenden bezahlbar bleiben sollen; sie sind auf Subventionierung angewiesen. Deshalb ist es unabdingbar, dass die öffentliche Förderung der Weiterbildung insgesamt deutlich erhöht wird. Die Zuschüsse zu den Honorarkosten für die politische Bildung sollten nicht wie bislang bis zu 80 Prozent, sondern bis zu 100 Prozent der zuschussfähigen Honorarkosten abdecken.

Darüber hinaus ist es eine politische Aufgabe, die Beschäftigtenstrukturen in der Weiterbildung zu überdenken. Dozent\*innen, die freiberuflich Seminare in der politischen Erwachsenenbildung anbieten können und wollen, bleiben eine wertvolle Res-



#### Peer Jaschinski, GEW-Stadtverbandssprecher

Bezüglich der Personalsituation ist mir schon lange der Faden gerissen. Seit 25 Jahren führen wir eine sehr detaillierte Altersstatistik mit dem ewigen Hinweis auf den bevorstehenden Fachkräftemangel in den Schulen. Seit 10 Jahren gehen wir gemeinsam mit Eltern und Schüler:innen in Bremerhaven auf die Straße. Die Entscheider in der Politik und in der senatorischen Behörde hat das alles nicht zum Handeln bewegt. Es ist alles gesagt. Die Kolleg:innen reagieren mit Ohnmacht.

Foto: Susanne Carstensen

source. Doch mit mehr Festanstellungen könnte ein vielfältiges Angebot langfristig aufrechterhalten und weiterentwickelt werden. Dafür brauchen die anerkannten Einrichtungen zusätzliche Mittel.

#### Studiengang einrichten

Nicht zuletzt muss sich die Politik dafür einsetzen, dass der Studiengang Erwachsenenbildung wieder eingeführt wird, damit der Bremer Weiterbildungslandschaft auch in Zukunft ausreichend kompetentes Weiterbildungspersonal zur Verfügung steht. ■

1 Vgl. Jans, Theo (1995): 20 Jahre Politische Bildung. Bremen, S. 28

2 Vgl. Kocher, Eva/Welti, Felix (2013): Wie lässt sich ein Anspruch auf Weiterbildung rechtlich gestalten? Bonn.

3 Das Honorar pro Unterrichtsstunde variiert zwischen 23 und 28 Euro. Freiberufliche Dozent\*innen zahlen davon Kranken- und Rentenversicherung, Arbeitsmittel sowie eigene Fortbildungen.

4 Kommt eine Veranstaltung nicht zustande, wird kein Ausfallhonorar gezahlt.

#### Die politisch-gesellschaftliche Erwachsenenbildung sucht Dozent\*innen

Wer Lust und Zeit hat, Seminare in der politischen Erwachsenenbildung anzubieten und seine Fachexpertise weiterzugeben – die folgenden Einrichtungen freuen sich auf Zuschriften und Bewerbungen:

- **Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben Bremerhaven e.V.**
- **Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben (DGB/VHS) e.V. Bremen**
- **Bremer Volkshochschule**
- **Evangelisches Bildungswerk Bremen**
- **Wirtschafts- und Sozialakademie Bremen**
- **Volkshochschule Bremerhaven**

# Exklusion für Beschäftigte



Was ich schon immer mal sagen wollte –  
Eine Kolumne von Angelika Hanauer

**B**remische Politiker stellen unser Bundesland gerne als Inklusionsweltmeister dar, auch wenn diesbezüglich vieles im Argen liegt. Darum soll es diesmal aber nicht gehen. Ich möchte den Blick zur Abwechslung auf die schwerbehinderten Kolleg:innen in den Schulen lenken und darauf, wie oft mit ihnen umgegangen wird.

## Es kann uns alle treffen

Schnell denkt man vielleicht, „das Thema geht mich nichts an, ich bin ja nicht schwerbehindert“. Allerdings ist es in den wenigsten Fällen so, dass Kolleg:innen die Schwerbehinderung schon haben, wenn sie in den Beruf einsteigen. Meistens kommt es im Verlauf des Berufslebens zu einer mehr oder weniger starken Beeinträchtigung – z. B. durch Krankheit oder Unfall. Manchmal, z. B. bei einer Krebserkrankung, kann die Schwerbehinderung auch vorübergehend sein.

## Hinter den eigenen Ansprüchen zurückgeblieben

Im öffentlichen Dienst gilt eine selbst auferlegte Quote von sechs Prozent an schwerbehinderten Beschäftigten. In Schulen sind es aber nur ca. vier Prozent des Personals. Über die Gründe kann man nur spekulieren, aber die Beratungsthemen der Schwerbehindertenvertretung legen nahe, dass es mit den Bedingungen in den Schulen zusammenhängt. Zum einen können pädagogische Berufe durchaus physisch und psychisch herausfordernd sein. Wenn dann nicht genügend getan wird, um die Arbeitssituation den Möglichkeiten der Kolleg:innen anzupassen, kann es sein, dass sie den Job nicht mehr schaffen und z. B. in Teilzeit flüchten, dienstunfähig werden oder ein sogenannter Ersatzarbeitsplatz gefunden werden muss. Solche Arbeitsplätze sind allerdings Mangelware.

## Mit schlechtem Beispiel vorangehen

Man sollte doch eigentlich denken, dass in einem Bundesland, das sich der Inklusion verschrieben hat, die Sensibilität im Umgang mit schwerbehinderten Kolleg:innen besonders groß

ist. Leider ist das oft nicht der Fall. Ein paar Beispiele:

Die Lernplattform itslearning wurde seinerzeit ohne die Beteiligung der Interessenvertretung angeschafft. Als der Schwerbehindertenvertreter sich dann nach der Barrierefreiheit erkundigte, schauten alle plötzlich sehr konzentriert auf ihre Fingernägel, denn daran hatte niemand gedacht. Bis heute ist die Plattform, die ja auch von Schüler:innen genutzt wird, nur bedingt barrierefrei – traurig.

## Nicht barrierefrei

Die Schwerbehindertenvertretung ist 2018 zusammen mit den anderen Interessenvertretungen in neue Büroräume gezogen. Diese Räume, in denen die selbst schwerbehinderten Vertrauensleute arbeiten, in die aber auch schwerbehinderte Kolleg:innen zur Beratung kommen, sind nicht barrierefrei. Es sind vergleichsweise geringfügige Änderungen notwendig: eine automatische Öffnung für einige Türen, eine Klingel mit Türöffner, eine besser lesbare Beschriftung. Das hat dann die Schwerbehindertenvertretung auch beantragt – und etliche Schreiben, Begehungen, Anträge und Jahre später – bis heute immer noch nicht bekommen.

Aber es kommt noch „besser“. Auf einer Versammlung der Schwerbehinderten berichtete eine Kollegin, sie sei aufgrund ihrer Gehbehinderung schon mehrfach an Türen in der Schule gestürzt. Nachdem die Türen nicht umgerüstet wurden, klagte die Kollegin und bekam Recht. Aber nicht einmal das führte dazu, dass ein Umbau stattfand. Die Behörde verschanzte sich, wie auch im Fall der Büros der Schwerbehindertenvertretung, hinter den Eigentümern der Gebäude und sagt, ihr seien die Hände gebunden – schnüff.

Wie barrierefrei vor allem die älteren Schulgebäude im Großen und Ganzen sind, wisst ihr ja am besten.

Merkt ihr, wie ihr langsam empört und sauer werdet? Gut so!



*„Im Großen und Ganzen finden sich aber viele Hindernisse im Alltag schwerbehinderter Kolleg:innen, die eben nicht oder nur mit großer Verzögerung ausgeräumt werden.“*

#### Zähes Ringen

Mehr Beispiele? Kein Problem. Schwerbehinderte sind per Gesetz besonders geschützt und dürfen nicht benachteiligt werden. Beispielsweise müssen sie bei einer Stellenausschreibung, für die sie die entsprechende Qualifikation mitbringen, in jedem Fall eingeladen werden. Die Schwerbehindertenvertretung muss über die Bewerbung informiert werden. Das passiert aber oft nicht. Irgendwann, als die Schwerbehindertenvertretung vom vielen Appellieren, freundlichen Erinnern, auf die Rechtslage hinweisen die Nase voll hatte, zog sie einen Anwalt hinzu. Die Gerichtsverhandlung hat – oh Wunder – ergeben, dass die oben beschriebene Rechtslage gilt. Ihr kennt euch ja jetzt schon ein bisschen aus und dürft raten, wie sich die Situation seitdem verändert hat. Eben.

Es ist an der Tagesordnung, dass Behördenvertreter:innen daran erinnert werden müssen, Schwerbehindertenvertretung und Frauenbeauftragte an Gesprächen zu beteiligen. Vor einigen Jahren hat der Personalrat mal aus Solidarität damit gedroht, Termine bei denen die anderen Mitbestimmungsgremien vergessen wurden, einfach platzen zu lassen. Ein bisschen besser wurde es seitdem, aber da ist noch ordentlich Luft nach oben.

#### Es geht auch anders

Es gibt natürlich auch positive Beispiele. Bei der Schwerbehindertenvertretung erkundigen sich manchmal Schulleitungen zu Handlungsmöglichkeiten, mit denen sie schwerbehinderte Kolleg:innen unterstützen können. Eine Schulleitung versuchte auf eigene Faust etwas barrierefrei umrüsten zu lassen – leider scheiterte sie dann an behördlichen Vorgaben, die das Ganze über Jahre verzögerten.

Es gibt Jahrgangsteams, die sich bemühen, die Arbeit so umzuverteilen, dass allen im Team, auch denen mit Schwerbehinderung, gedient ist.



Grafik: vectorjuice auf Freepik.com

#### Hindernisse bleiben

Im Großen und Ganzen finden sich aber viele Hindernisse im Alltag schwerbehinderter Kolleg:innen, die eben nicht oder nur mit großer Verzögerung ausgeräumt werden. Auf notwendige Hilfsmittel oder Umrüstungen warten sie zum Teil Jahre. Oft haben Schwerbehinderte auch das Gefühl, sie seien eine Belastung für das Kollegium – und manchmal wird ihnen dies sogar recht unverblümt vermittelt. Das ist schwer auszuhalten und manche verzichten dann auf die ihnen zustehenden, im Gesetz verankerten Nachteilsausgleiche, weil sie Angst vor Unfrieden im Kollegium, oder Stress durch Vorgesetzte haben. Als Alternative wird ihnen nicht selten ein Teilzeitantrag oder ein Schulwechsel vorgeschlagen.

#### Schlechte Publicity

Vor kurzem fanden die Wahlen für die Schwerbehindertenvertretung statt. Um diese Briefwahl durchführen zu können, müssen rechtzeitig Listen mit den Daten der Wahlberechtigten vorliegen. Trotz monatelangem Bitten um diese Listen war erst ein Schreiben des Gesamtschwerbehindertenvertreters direkt an Senatorin und Staatsrat notwendig, um auf den allerletzten Drücker die Informationen zu erhalten. Beinahe wäre die Wahl daran gescheitert. Erst, wenn politisches Ungemach und unangenehme Publicity droht, wird gehandelt. Aber unangenehme Publicity muss die Behörde sich angesichts ihres Verhaltens wohl gefallen lassen – sorry... ■

# Märtyrer für Heidegger und Allah

'Die Religionskritik ist der Anfang aller Kritik' (Karl Marx)

Von Werner Pfau

*Die iranische Linke machte sich in den Siebziger Jahren zum Steigbügelhalter der reaktionären Koranglehrten um Chomeini. Der fatale Irrtum kostete etliche von denen, die ihn begangen hatten, das Leben. Zwei Vordenker bereiteten den ideologischen Boden für die Tragödie: Dschalal Al-e Ahmad und Ali Shariati.*

## **Kontext I: Die Diskreditierung des Westens**

Ideen liberaler Nationalstaatlichkeit waren im Iran spätestens 1953 desavouiert, als der sozialdemokratisch gesinnte Ministerpräsident Mossadegh weggeputscht wurde und westliche Geheimdienste dabei ihre Hand im Spiel hatten: Pläne einer verschärften staatlichen Kontrolle des Ölexports waren in den Augen amerikanischer One-World-Strategie ein Verstoß gegen Freihandel und Einfallstor für kommunistische 'Zersetzung'. Der daraufhin inaugurierte Shah Reza Pahlavi versuchte den Nationalismus der Massen durch die Repräsentation persischer Glorie zu bedienen. Von seiner 'weißen Revolution', die auf Modernisierung für den Weltmarkt zielte, kam bei den Pauperisierten wenig an. Immerhin führte er das Frauenwahlrecht ein – unter wütendem Widerstand des Klerus, Khomeini eingeschlossen. Um demokratische und sozialistische Oppositionsgruppen kümmerte sich eine außerhalb der Legalität operierende Geheimpolizei. Der Westen, der das alles förderte, schien es mit der Freiheit nicht so ernst zu nehmen.

## **Politisierte Gesellschaft**

Die iranische Gesellschaft war, wie die nicht abebbenden Proteste in den Siebziger Jahren zeigten, stärker politisiert als es im Nahen Osten zu erwarten war. Ein Verfassungsprozess, um die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert angestoßen und auf halbem Weg abgewürgt, hatte seinen Teil dazu beigetragen. Alles, was sich selbst als liberal oder progressiv verstand, bedauerte diese Entwicklung und hoffte auf eine Wiederaufnahme unter neuen Vorzeichen. Während der Oktoberrevolution gehörte Persien zum umkämpften Randgebiet mit vorübergehendem Status als Sowjetrepublik. Eine Frucht dieser stürmischen Episode war die

kommunistische Tudeh-Partei. Gegossen aus dem Beton des Marxismus-Leninismus, galten ihr Ansätze von Rechtsstaatlichkeit und freien Wahlen eher als bürgerlicher Klimbim, für den Weg zum Sozialismus gab es ja die bewährte bolschewistische Abkürzung. Zwar hielt sie sich an die Sprachregelung, vor dem Aufbau des Sozialismus sei, als historische Bedingung, die Errichtung der demokratischen Republik abzuhaken. Wie ernst das gemeint war, ließ sich jedoch am Umgang der Kader miteinander ablesen – nach stalinistischer Manier waren stets finale Abrechnungen mit andersdenkenden Parteimitgliedern zu exekutieren.

## **Kontext II: Die Diskreditierung des Ostens**

Positionierte sich die Führungsspitze der Tudeh zunächst treu an der Seite der Sowjetunion – und nach Verfolgung durch den Sicherheitsapparat des Shahs auch im östlichen Exil – so entfremdete sie sich vom Großen Bruder, als der Iran in den Sechziger Jahren einige Projekte in Zusammenarbeit mit Moskau auf den Weg brachte. Entgegen landläufigen Ansichten war der Shah keine reine Marionette. Geostrategische Lage und ökonomische Bedeutung des Ölstaates ließen sich ausspielen, indem man punktuell zwischen den Blöcken balancierte. Jene kurzzeitige und letztlich nicht sehr tiefgehende Annäherung an Moskau trieb gleichwohl etliche Tudeh-Kader in die Verzweiflung und auf die Suche nach anderen revolutionären Verbündeten. Nachdem der zwischenzeitliche Hoffnungsträger China sich ebenfalls mit dem Shah zu arrangieren suchte, waren sie reif für neuen ideologische Pfade: Am Ende stand die Unterstützung Khomeinis in der Volksabstimmung über die Ausrufung der 'Islamischen Republik' von 1979. Vermutlich glaubten manche, den Ayatollah 'einzurahmen' zu können, andere waren wirklich der Idee eines Sozialismus im Zeichen der Shia verfallen.

## **Verwestlichung als Krankheit**

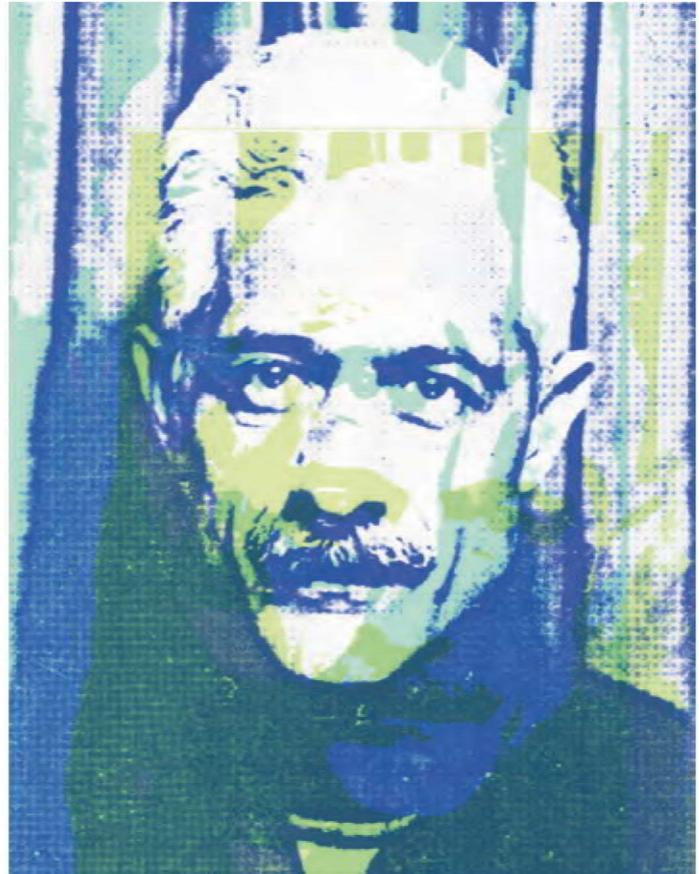
Solche Ideen kursierten ohnehin verstärkt seit den Sechziger Jahren. Gerade unter Teilen der kritischen Intelligenz war eine

*„Durch Rückbesinnung auf nationale Kultur könne dies aufgebrochen werden, allerdings gerade nicht vermittelt der Konstruktion vormoderner Idyllen.“*

Abwendung vom Säkularismus zugunsten der Renaissance eines befreiungstheologisch umgedeuteten Schiismus zu verzeichnen. Zwei Intellektuelle stachen besonders hervor. Dschalal Al-e Ahmad wurde 1923 in eine Familie von Religionsgelehrten geboren, hatte in Teheran Literatur studiert und sich kurzzeitig der Tudeh zugewandt. Bekannt wurde er im Iran aufgrund seiner literarischen Arbeiten, zu denen Erzählungen und Romane gehörten. Als Unterstützer Mossadeghs landete er für einige Jahre im Gefängnis und orientierte sich an Gruppen, die einen 'dritten Weg' jenseits der Blöcke propagierten. Später wandelte er sich zum Kulturkritiker, der tagespolitischen Aktionen entsagte, um in seinen Publikationen das zu geißeln, was er als eigentliches Übel sah: Die Verwestlichung. In einem Essay von 1962 variiert er die Behauptung, dass die Übernahme europäischer Gedanken das Generalübel sei, der Grund für die iranische Misere scheinbar. Den Titel des Pamphletes – 'Gharbzadegi' – übersetzt Katajun Amirpur mit 'Vom-Westen-Befallen-Sein', was durchaus im Sinne einer Kankheit zu verstehen ist.

### Identität und Befreiung

Das entsprach dem internationalen Zeitgeist im Kontext der späten Dekolonialisierung. Gelegentlich wird Al-e Ahmad aus gesellschaftskritischer Perspektive mit Frantz Fanon verglichen. Dessen Essayband „Die Verdammten dieser Erde“ (1961) behandelt die Frage, welche subjektiven Faktoren im Bewusstsein der Kolonisierten diese vom Kampf gegen die Kolonialmächte abhalten. Fanon, psychoanalytisch geschult qua Profession, sah das Problem darin, dass sie Vorstellungen europäischer Superiorität verinnerlicht hätten und sich so über ihre Unterlegenheit gegenüber den 'Weißen' definierten. Durch Rückbesinnung auf nationale Kultur könne dies aufgebrochen werden, allerdings gerade nicht vermittelt der Konstruktion vormoderner Idyllen. Eben dies habe die zeitgenössische Bewegung der Négritude in Form der Beschwörung einer glorreichen Vergangenheit praktiziert, die von idealisierten tribalen Gesellschaften bevölkert war. Ihr wirft Fanon vor, sie imitiere mit solcher Verklärung der



Dschalal Al-e Ahmad

(Foto: Wikicommons)

vorkolonialen Zeiten die Geschichtsschreibung der Kolonialmächte unter umgekehrten Vorzeichen. Eine authentische eigene Kultur entstehe hingegen erst im nationalen Befreiungskampf.

### Ein brauchbares Werk

Al-e Ahmed wäre in dieser Kontroverse allerdings eher auf Seiten der Négritude zu platzieren, schließlich hatte er vor allem säkulare Intellektuelle als diejenigen kritisiert, durch welche die Krankheit der Verwestlichung eingeschleppt worden sei. Die schiitische Geistlichkeit erschien ihm nunmehr umgekehrt als das Antidot dagegen. Nicht mehr waren Religion und Staat zu trennen, ganz im Gegenteil: Die Befreiung des Iran bedurfte der Mullahs als ihrer Wächter. Und zum historischen Bezugspunkt wurden die monumentalen Schlachten der schiitischen Altvorderen. Unter iranischen Linken, die von West und Ost desillusioniert waren, avancierte 'Gharbzadegi' zum Buch der Stunde. Es verhieß einen eigenen Weg zur nationalen Unabhängigkeit, mit Anschlussfähigkeit an die religiösen Bevölkerungsteile, ohne dass man dafür selbst fromm werden musste. Khomeini wiederum entdeckte darin die Aufwertung





Ali Shariati

(Foto: Wikicommons)

der bislang eher als rückwärtsgewandt eingeschätzten Religionsgelehrten. Kurz nach dem Erscheinen des Werkes lässt er verlauten, er schätze es sehr.

### Auf den Spuren Ernst Jüngers

Ironischerweise hatte Al-e Ahmad die geistigen Anregungen zu seinen antiwestlichen Ressentiments ausgerechnet durch europäische Philosophie bekommen, allerdings aus ihren trübsten Quellen: Martin Heidegger und Ernst Jünger scheinen ihn vor allem zu seiner Zivilisationskritik angeregt zu haben. Jünger war mit der notorischen Glorifizierung des Krieges nach 1918 zu literarischer Bekanntheit gelangt. In der Weimarer Republik betätigte er sich im antidemokratischen Milieu deutschnationaler Offiziere und sympathisierte zeitwillig mit Hitler, nur im Hinblick auf Rassenlehre und Antisemitismus wurde man sich nicht einig. Über Heidegger muss nicht viel gesagt werden. Er wendet seine Existentialphilosophie zunehmend antiaufklärerisch und

schließt sich 1933, als Rektor der Freiburger Universität, ganz offen dem Nazismus an. Beide verachten die vermeintlichen Entwertung des Individuums in der technisierten Massengesellschaft und verordnen diesem als Gegenmittel 'heroische' Selbstaufgabe in der Nation und im Krieg. Von ihrer reaktionären Kritik der Moderne scheint Al-e Ahmad begeistert gewesen zu sein. In gewisser Weise ist es konsequent, wenn er, auf der Suche nach einer Strategie gegen den Imperialismus, zu Dschihad und Märtyrertum zurückkehrt. Die Geister, die er rief, musste er freilich nicht mehr erleben. Er verstarb 1969.

### Reformierter Schiismus – Ali Shariati

Mit Ali Shariati trat ein zweiter prominenter Intellektueller für eine Zusammenarbeit der linken Protestierenden mit dem schiitischen Klerus ein. Geboren 1933, hatte er an der Sorbonne Soziologie studiert. Die Befreiungsbewegungen gegen den Kolonialismus

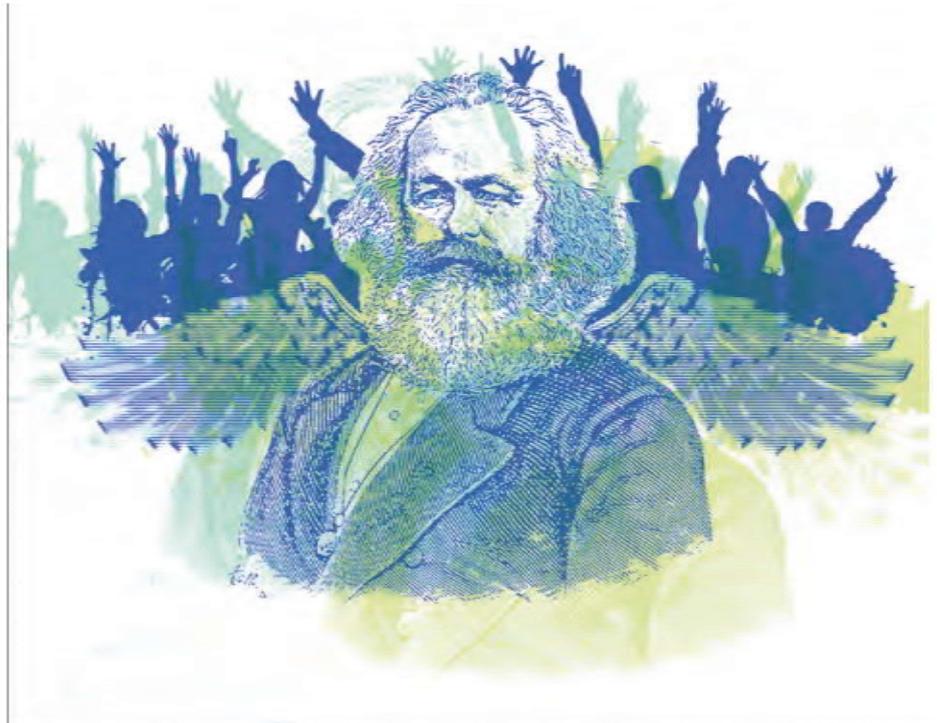
interessierten ihn, insbesondere den Algerienkrieg verfolgte er während seines Aufenthaltes in Frankreich. Selbst einem säkularen Lebensstil folgend – Familienbilder mit Frau und Töchtern zeigen diese unverschleiert -, knüpfte er dennoch an Al-e Ahmads Motiv der Verwestlichung an. Sein Verhältnis zum Islam war ambivalent: Er kritisierte Teile der Gelehrten als Parteigänger des Kapitalismus, sah aber in einem reformierten Schiismus das Modell für eine nationale Befreiung des Iran.

### Lob des Märtyrertums

In seiner Schrift 'Marxismus und andere westliche Irrlehren: Über Humanismus' demonstriert Shariati Grundgedanken seiner Theorie. Er behauptet, die maßgeblichen politischen Ideologien des Westens, darunter zählt er Liberalismus, Marxismus und Existentialismus, seien Abkömmlinge der Aufklärung und basierten auf einem gemeinsamen Kardinalfehler: Die Entfaltung des Menschen werde in seiner Emanzipation von Gott,

*„Sofern Intellektuelle jedoch beanspruchen,  
selbst zu denken, können sie die  
Verantwortung für ihr Versagen nicht höheren  
Instanzen zuschieben, weder Gott noch dem  
Imperialismus.“*

d.h. von kirchlicher Bevormundung verortet. Dem liege das Gottesbild der griechischen Antike zugrunde, wo Prometheus den Menschen gegen den Willen eines intriganten Zeus das Feuer bringen muss. Für den Islam hingegen, insbesondere – man ahnt es – in der iranischen Zwölferschia liege die Menschwerdung in der Durchsetzung göttlicher Gerechtigkeit. Überhaupt sei Prophet Ali der erste Sozialist gewesen. Die Historikerin Janet Afary weist darauf hin, dass Shariati am Ende, nach allerlei ideologischen Kapriolen, doch wieder beim Dschihad landet. Sie zitiert ihn mit folgenden Worten: „Martyrertum ist der einzige Grund der Existenz“ und „ein Ziel in sich selbst“. Dies lässt sich auch in nationalistischer Tonart formulieren: 'In diesem Sinne garantiert das Sterben eines menschlichen Wesens das Leben einer Nation'.



(Collage: Kai Becker)

### Schluss

Shariati hat, wie sein Vorläufer, den Sturz des Shah nicht mehr miterlebt. Ob er sich besonnen, seine Theorien widerrufen hätte, ob er im Folterkeller geendet wäre – alles Spekulation. Auch für einige europäische Geistesgrößen wie Foucault verkörperte er und Al-e Ahmad die Vorstellung von antikolonialer Emanzipation. Zugleich schienen sie authentische Stimmen 'des Anderen' zu sein, von jenseits der verachteten Aufklärung. Wie sich gezeigt hat, wird aus einer Befreiung, bei der die Befreiten der neu entstandenen Nation zum Fraß vorgeworfen werden, nur neue Unterdrückung. Und die Schriften der beiden Theoretiker können die Herkunft zentraler Motive aus europäischen, nationalistischen und irrationalistischen Gedankenwelten nicht

verleugnen. Die Preisgabe des Individuums gegenüber neuen Kollektiven und der Vernunft gegenüber dem alten Obskurantismus ist unverzeihlich. Sie wurde von europäischen ebenso wie iranischen Intellektuellen betrieben. Die religiösen Reaktionäre konnten dafür die Ernte einfahren. Und natürlich hatte westliche Großmachtspolitik zugearbeitet. Sofern Intellektuelle jedoch beanspruchen, selbst zu denken, können sie die Verantwortung für ihr Versagen nicht höheren Instanzen zuschieben, weder Gott noch dem Imperialismus. ■

# Die Gefahren des selektiven Schulsystems

Welche Perspektiven braucht die Grundschule?

Von *Brigitte Schumann*



Brigitte Schumann,  
Bildungspolitikerin

Das Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) will mit seinen Empfehlungen die basalen Kompetenzen benachteiligter Kinder stärken und der Entwicklung zunehmender sozialer Ungleichheit im Kompetenzerwerb von benachteiligten und privilegierten Kindern entgegenzutreten. Sind die Vorschläge aber hilfreich? Die SWK, von der Kultusministerkonferenz (KMK) eingerichtet, hat dazu ihr Gutachten

mit Empfehlungen an die Bildungspolitik öffentlich gemacht.

Der Anteil der Viertklässler:innen, die die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik laut IQB- Bildungstrend verfehlen, hat seit 2016 signifikant zugenommen und die Leistungsschere im Kompetenzerwerb von benachteiligten und privilegierten Kindern ist noch weiter aufgegangen. Das Gutachten fordert zur Umsetzung der Diagnose- und Förderkonzeption die „Bereitstellung von wissenschaftlich fundierten, qualitätsgesicherten diagnostischen Instrumenten und darauf bezogenen Förderinstrumenten“. Mit der neuen Ausgestaltung schulischer Lehr- und Lernprozesse vollzieht die SWK einen fragwürdigen Paradigmenwechsel auf Kosten der (Grundschul-)Pädagogik und zu Gunsten einer einseitigen Priorisierung von Methoden der quantitativen empirischen Forschung zur Leistungsmessung und -bewertung.

## „Nein“ zu Abwechler in Kleingruppen

Um die frühzeitige Identifikation von Förderbedarf und die gezielte Unterstützung zur Sicherung basaler Kompetenzen für möglichst alle Kinder zu ermöglichen, empfiehlt das Gutachten gestufte Diagnose- und Fördermodelle und verweist in dem Zusammenhang auch auf das Modell „Response-to-Intervention“ (RTI).

Das Konzept vollzieht sich in der Grundschule auf drei Stufen. Auf Stufe 1 werden frühzeitig alle Kinder einer Klasse auf ihren

Lernstand überprüft. Auf Stufe 2 werden Kinder, die von der angenommenen Norm abweichen, evidenzbasiert in Kleingruppen gefördert und die Wirkung dieser „Interventionen“ wird regelmäßig mit standardisierter Lernverlaufdiagnostik überprüft. Respondiert das Kind nicht auf die Interventionen, hat es einen sonderpädagogischen Förderbedarf und erfährt auf Stufe 3 eine intensivierte sonderpädagogische Einzelförderung.

## „Ja“ zu eingebetteter Förderung

Die Konzeption wird aus der Perspektive der Grundschul- und Inklusionspädagogik vehement abgelehnt. Nach Auffassung des Grundschulverbandes sollen anstelle standardisierter Tests als diagnostisches Instrument zur Ermittlung von Lernständen dialogische Formen durch den Einsatz von Selbsteinschätzungsbögen, Portfolios und Lerngespräche genutzt werden. Sie sind geeignet, die individuellen Kompetenzen des Kindes herauszufinden und die nächsten Schritte der Entwicklung zu fördern. Förderung muss sinnvoll für das Kind und in den Lernprozess der Klasse eingebettet sein.

## Noten können beschämen

Das Gutachten der SWK verschweigt, dass das selektive Schulsystem vorhandene gesellschaftliche Ungleichheit und Armut reproduziert. Die Datenlage zeigt deutlich, dass spätere schulische Selektion die Chancengleichheit erhöht. Gleichzeitig geht spätere Selektion nicht mit einem geringeren Leistungsniveau einher. Dagegen steht immer noch das deutsche bildungspolitische Credo, dass in leistungshomogenen Gruppen bessere Lernerfolge für alle möglich sind und deshalb die Aufteilung nach Leistung möglichst früh erfolgen soll. Für die Leistungsselektion werden Notenzugnisse mit vergleichenden Ziffernnoten ab Klasse 3 maßgeblich. Vergleichende Noten sind jedoch aus wissenschaftlicher Sicht völlig ungeeignet als Aussage über den individuellen Leistungsstand. Sie sind höchst unfair, weil sie die Hintergründe für die erbrachte Leistung nicht berücksichtigen und damit sozial benachteiligte Kinder gegenüber den privilegierten Kindern benachteiligen. Sie wirken demotivierend, beschämend und beschädigend. Sie führen zu Schulunlust und Selbstzweifel. Die SWK schweigt auch hier.

# Frauenpolitik aus Leidenschaft

Medine Yildiz ist Anfang Januar 2023 erneut als DGB-Vertreterin in den Landesfrauenrat entsandt worden. Zudem arbeitet sie schon länger im Betroffenenbeirat zur Umsetzung der Istanbul-Konvention mit.



Medine Yildiz (Foto: Privat)

Das Gespräch führte *Werner Pfau*

## Erzähle, wie du zu deinem neuen Amt gekommen bist.

Zunächst war ich als einzige Migrantin für eine Legislaturperiode im Vorstand des Landesfrauenrats. Dieser Aufgabe bin ich sehr gerne nachgekommen. Unter anderem trat ich in Kontakt mit Migrantinnen-Gruppen, unter anderem aus der kurdischen, arabischen, und alevitischen Frauencommunity, um sie dem Landesfrauenrat näherzubringen. Auch war ich seit meiner Jugend gewerkschaftlich aktiv, dies unter anderem als Arbeiterin bei der Deutschen Post. Dort war ich zunächst als Vertrauensfrau, dann im Betriebsrat tätig. Im September 2022 bin ich in den Verdi-Bezirksvorstand gewählt worden.

## Wie können Gewerkschaften speziell das Gender-Pay-Gap bekämpfen?

Wir als Gewerkschaften bemühen uns, eine tarifvertragliche Regelung in Betrieben durchzusetzen, damit die gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit für Männer und Frauen gewährleistet werden kann. Es müssen mehr Frauen in Führungspositionen. Die Gewerkschaften müssen besonders auf die Politik Druck ausüben. So gibt es zum Beispiel als Forderung an die Bremer Politik den Entwurf des "Tariftreue- und Vergabegesetzes". Ein weiteres Beispiel ist der Vorschlag, des sogenannten EG-Check-Verfahrens. Dieses Verfahren wäre eine effektive Methode zur Überprüfung der Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen.

## Ein wichtiges Thema für dich ist auch Gewalt gegen Frauen, auch aufgrund eigener Erfahrungen. Kannst Du berichten?

Ich bin von mehreren Arten von Gewalt betroffen gewesen. Darunter unter anderem häusliche Gewalt in meiner Kindheit und staatliche Gewalt aufgrund meinen politischen Aktivitäten in der Türkei. Zuletzt 2020 habe ich von Rechtsradikalen eine

Morddrohung per Email erhalten. Der Absender bekannte sich als "NSU 2.0". Die Morddrohung: "Sie minderwertige Türkische Kreatur sollten demnächst aufpassen, an welchen Orten in Bremen Sie sich alleine aufhalten werden. Wir werden Sie entführen, wenn wir Ihnen das nächste mal über den Weg laufen, oder gar mit einem Beil attackieren oder sogar Sie von hinten erschiessen." So etwas ist natürlich ein Schock, nicht nur für einen selber, sondern auch die Familie und Nahestehende. Aber weiterkämpfen ist die beste Therapie! Aus diesen Gründen bin ich seit einem Jahr im Betroffenenbeirat zur Umsetzung der Istanbul Konvention (B\*BIK).

## Denkst Du, die Verabschiedung der Istanbul-Konvention hat etwas gebracht?

Auf jeden Fall! Bremen ist das erste Bundesland, in dem ein Betroffenenbeirat von der Senatorin für Frauen gegründet wurde. Insgesamt wurden 175 Maßnahmen beschlossen, beispielsweise die Einrichtung einer "zentralen Gewaltschutzambulanz" im Klinikum Bremen Mitte, oder auch die Erhöhung der Plätze in den Frauenhäusern auf insgesamt 160 in Bremen, sowie die Erweiterung der Angebote insbesondere für vulnerable Gruppen. Ein weiteres Beispiel ist die Sensibilisierung von Ärztinnen und pflegerischem Personal, sowie Fortbildungsangebote und Informationsmaterial.

## Was geht in dir vor, wenn Du die Bilder aus dem Iran siehst?

Als Frauenrechtlerin blutet mir das Herz. Einerseits empfinde ich Wut, andererseits Hilflosigkeit, da ich persönlich nichts dagegen unternehmen kann. Ich nehme bei solidarischen Demonstrationen teil und habe hier lebende iranische Frauen dabei unterstützt, Kontakt zur Bürgerschaft herzustellen. ■

# Der Trend zur Privatisierung

Informatikunterricht außerhalb der Schulen – der richtige Weg?

Von Paul Dammann



Paul Dammann,  
Student (Foto: Privat)

Kurz zu mir: Ich habe Programmieren außerhalb der Schule gelernt. Von meinem Konfirmationsgeld erwarb ich als Jugendlicher einen eigenen Computer. Auch wenn ich diesen zunächst für wenig anderes als Computerspiele verwendete, stellte diese - für mein junges Ich recht große - Investition das Mittel dar, mit dem ich in der Lage war, zu programmieren. Darüber hinaus hatte ich so

auch den Zugang zu einer Fülle kostenloser digitaler Lernmittel. Auch wenn ich nur sporadisch meine ersten Schritte in dieser neuen digitalen Welt tat, erreichte ich ein passables Niveau, so dass ich sogar Geld mit meinen Programmierkenntnissen verdienen - und zwar obwohl ich eigentlich eine Gesellschaftswissenschaft studiere.

## Monopolisierung

Viele Angebote zum Erlernen von Programmiersprachen - so scheint es mir - wenden sich besonders an Quereinsteiger, die sich angesichts der hohen Anzahl oft gut bezahlter Stellen in der expandierenden Informatikbranche von Online-Kursen einen Karrierewechsel bzw. den Einstieg in eben diese Branche erhoffen. Aber natürlich sind nicht alle diese Angebote kostenlos oder gut. Das Angebot ist entsprechend der Nachfrage vielzählig, doch betreten auch einige größere Anbieter den Markt, wie Google oder Meta (Facebook). Wer nicht an einer staatlichen Fachhochschule oder Universität lernen möchte oder kann, soll mit diesen Angeboten am heimischen Rechner beispielsweise zum Data Engineer werden können. Google und Meta übernehmen sogar selbst einen Teil ihrer eigenen "Online-Studenten". Das gibt ihnen natürlich auch die Möglichkeit, das Curriculum auf ihre eigenen Bedürfnisse maßzuschneidern. Das Absolvieren dieser Kurse, welche Google und Meta in Kooperation mit der Lernplattform Coursera anbieten, dient als Ergänzung,

aber teilweise - mit genügend Erfahrung verbunden - sogar als Ersatz eines abgeschlossenen Studiums. Die Angebote solcher Großkonzerne initiieren so womöglich einen Schub hin zur Privatisierung und Monopolisierung der Ausbildung entsprechender Fachkräfte.

## Hoher Stellenwert

Dieser Text soll ein Denkanstoß sein, wie wir Informatikunterricht und dessen - meiner Ansicht nach steigenden - Stellenwert bewerten. Die vielen privaten Angebote zeigen in jedem Fall einen Bedarf für IT-Kenntnisse auf. Zudem vermag ein Grundverständnis - beispielsweise von Data Science - auch zu einem aufgeklärten und dadurch sichereren Umgang mit dem Schutz der eigenen Daten sowie der Nutzung des Internets verhelfen. Sollte Schüler:innen deshalb nicht mehr Wissen auf diesem Gebiet vermittelt werden - auch vor dem Hintergrund, dass ein Verzicht das Fach auszubauen, letztendlich nur der Übertragung dieser Aufgabe an private Anbieter gleichkommen mag?

## Anbieter warten nicht

Auch die soziale Komponente sei hier zu erwähnen. Denn auch wenn es kostenlose digitale Lernmittel gibt, ist die Nutzung privater Angebote - neben eventuellen Kosten für die Kurse selbst - für gewöhnlich daran gebunden, dass den Lernenden gewisse Ressourcen bereitstehen, um sie wahrzunehmen. Die Schulen könnten hier sozial gerechteres Lernen ermöglichen. Ein betont guter Informatikunterricht, der Schüler:innen ein solides Grundwissen vermittelt, ist nicht unbedingt leicht umzusetzen, auch weil es hier ebenso an Lehrkräften mangelt. Das Schulwesen hat zudem viele und auch größere Probleme, weshalb dieses Thema oft hintenansteht; doch es sollte dennoch erwähnt werden, dass es da hinten noch immer steht und auf eine Lösung wartet. Während die Probleme an Schulen auf Lösungen warten, werden private Anbieter nicht mit warten. ■



www.shutterstock.com/StonePictures

# „Mit offenen Augen durch die Schule gehen“



**Vertrauensleute  
der GEW**



**Mareike Kiupel**

**Ich arbeite als:**

Lehrerin für Naturwissenschaften, Biologie, Chemie und Mathematik an der Oberschule Geestemünde.

**So bin ich auf die GEW aufmerksam geworden:**

Ich wurde in meiner ersten Arbeitswoche direkt von der damaligen GEW-Vertreterin angesprochen.

**Mein Weg zur GEW-Vertreterin in meiner Schule:**

Ich wurde gefragt und stimmte zu. Muss ich eigentlich noch gewählt werden???

**Was sollten Vertrauensleute können:**

Mit offenen Augen durch die Schule gehen und bei Problemen nicht weggucken.

**Darauf vertraue ich:**

dass alles gut wird, wenn wir zusammenarbeiten.

**Gewerkschaft bedeutet für mich:**

dass wir nur gemeinsam etwas erreichen können; die GEW ist unser Sprachrohr, wenn es darum geht Probleme zu lösen.

**Gewerkschaft ist für mich nicht:**

langweilig und von gestern.

**Das war mein bisher schönstes Bildungserlebnis:**

Die Zulassung in den Seiteneinstieg.

**Für diese Ziele sollte sich die GEW vor allem einsetzen:**

mehr Personal an Bildungseinrichtungen, Reform der Lehramtsausbildung, sinnvolle und faire Zulassungskriterien für den Seiteneinstieg (anders lässt sich der Fachkräftemangel nicht mehr rechtzeitig lösen)



Mareike Kiupel, Lehrerin

(Foto: Susanne Carstensen)

**Gute Bildung ist:**

teuer, aber das sollte oberste Priorität haben.

**Drei Adjektive zur Bremer Bildungspolitik:**

verbesserungswürdig, zu bürokratisch, realitätsfremd

**Du hast einen Bildungswunsch frei:**

kleinere Lerngruppen für intensivere Unterstützung und Förderung.

# Die Last mit der Mehrarbeit

Benachteiligung bei Abordnungen außerhalb der Schule: Nachzahlungen möglich

Von *Christian Dirbach*

Mehrarbeit ist im Bremer Schulwesen ist für viele Kolleg:innen zu einem regelmäßigen Faktor geworden. Für die Mehrarbeit ohne Entschädigung setzt das Bremische Beamtengesetz (BremBG) den Rahmen und legt dabei fest, „wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt.“ Zwingende dienstliche Gründe werden in den Mehrarbeitsrichtlinien mit der „Aufrechterhaltung des Schulbetriebs“ beschrieben, wodurch sich Mehrarbeit natürlich sehr leicht rechtfertigen ließe. Die sogenannten Ausnahmefälle werden an der Stelle wiederum nicht quantifiziert. Es heißt lediglich: „Mehrarbeit darf nicht die Regel oder auf Dauer angelegt sein.“ Aber: Wer an vier aufeinanderfolgenden Monaten Mehrarbeit geleistet hat, und sei es auch nur eine Unterrichtsstunde mehr im Monat, die oder der möge doch einmal mit Verweis auf den im BremBG § 60 Abs. 1 genannten Bezugszeitraum rechtlich prüfen lassen, ob das einvernehmlich oder regelhaft geschehen ist. Gleichwohl: Erste Änderungen bei der Mehrarbeit zeichnen sich vage ab.

## Reform bei der Erfassung der Arbeitszeit

Das Bundesarbeitsgericht hat am 13. September 2022 ein EuGH-Urteil von 2019 bestätigt, wonach die Erfassung der Arbeitszeit durch den Arbeitgeber auch in Deutschland verpflichtend ist. Bezüglich der Auswirkungen auf Lehrkräfte gehen die Meinungen dazu auseinander. Im Weserkurier vom 12. Januar äußert ein ehemaliger Schulleiter seinen „Verdacht“, dass bei einigen Fächerkombinationen wie Kunst und Sport die „vorgeschriebene Arbeitszeit eher unterschritten wird“. Andere Personen wie eine aktuelle Schulleiterin und wie der Vorsitzende des Personalrats Schulen, Jörn Lütjens, teilen diese Meinung allerdings nicht. Wir dürfen gespannt sein, zu welchem Ergebnis die behördeninterne Arbeitsgruppe - bislang ohne Beteiligung der Interessenvertretungen - über die Optionen zur Arbeitszeiterfassung kommen wird, zumal die Bildungssenatorin auf der Personalversammlung im Dezember schon zu wissen meinte, wie die Beschäftigten ihre Arbeitszeit erfassen bzw. nicht erfassen wollen.



[www.shutterstock.com/StonePictures](https://www.shutterstock.com/StonePictures)

Eines könnte aber auch den oben genannten Schulleiter misstrauisch stimmen: Wenn die Behörde damit rechnen würde, dass die Auswirkungen des Urteils bei den Lehrkräften zu einem (noch) höheren Deputat führen würde, dann würden sich die KMK und die Bremer Bildungsbehörde sicherlich schneller bei der Umsetzung regen.

## Anträge auf Bezahlung der Mehrarbeit

Bei einem Sonderfall wurden mittlerweile Bescheide aufgehoben. Eine Lehrkraft, die im Umfang einer halben Stelle für eine Beschäftigung außerhalb der Schule abgeordnet war, wurde bislang dadurch benachteiligt, dass sie ihre Mehrarbeit nur vergüten lassen konnte, wenn die Mehrarbeit den Umfang von mehr als ein Achtel der wöchentlichen Arbeitszeit allein in der Schule überschreitet, völlig unabhängig davon, ob und wieviel Mehrarbeit am anderen Arbeitsplatz verrichtet wurde. Dagegen ist diese Lehrkraft mit Hilfe der GEW Bremen vorgegangen und ihr tatsächlicher schulischer Einsatz wurde nun berücksichtigt. Konkret bedeutet das für diese Lehrkraft: Während sie bislang drei Unterrichtsstunden Mehrarbeit pro Monat ohne Vergütung gegeben hat, gilt das zukünftig nur noch für eine Unterrichtsstunde.

Auch für Kolleg:innen, die zum Beispiel stundenweise an das LIS abgeordnet sind, eröffnet sich dadurch die Möglichkeit, sich einen Teil der Mehrarbeit an Schule für die vergangenen vier Jahre vergüten zu lassen, sofern sie verbeamtet sind. Angestellte können sechs Monate rückwirkend die Bezahlung ihrer Mehrarbeit beantragen. Auch dies könnte zu Mehrarbeit in der Bildungsbehörde führen.



Christian Dirbach,  
Personalrat Schulen

# Mehr Geld für Schulreisen und Exkursionen

Neue Klassenfahrtrichtlinie: GEW-Erfolg im Personalrat Schulen

Von Frank Zylinski



Frank Zylinski,  
Personalrat Schulen

Eine ehemalige Kollegin sagte auf der Gesamtkonferenz (GK) einer Schule, dass sie seit 40 Jahren auf eine Antwort der Behörde zur Reisekostenübernahme warten würde. Daran wird die zeitliche Dimension deutlich, die Beschäftigte an Schulen auf die Erstattung ihrer Reisekosten für Dienstfahrten, nichts anderes sind Klassenfahrten und Schulausflüge, warten mussten. Wertschätzung sieht anders aus. Grund für die Aussage

war der Antrag einer weiteren Kollegin an der Schule und der daraus folgende GK-Beschluss, wonach keine Klassenfahrten mehr genehmigt werden dürfen, wenn die Finanzierung der Reiskosten nicht gesichert ist.

Erst dieser Beschluss führte zu einer Reaktion der Bildungsbehörde. Sie kassierte ihn trotz Beanstandung durch die Schulleitung nicht und signalisierte dem Personalrat Schulen (PR) Handlungsbedarf, wahrscheinlich in weiser Voraussicht auf einen berechtigten rechtlichen Anspruch, welcher dann im Oktober 2018 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt wurde. Auch wenn beides unabhängig voneinander zustande kam, so nahm der GK-Beschluss doch das Urteil vorweg. Ich wage sogar zu behaupten, dass ohne ihn nichts passiert wäre.

## Reisekostenbudget erhöht

Urteile führen nicht zwangsläufig zur Umsetzung, wenn man es nicht einfordert. Die Reisekostenbudgets der Schulen wurden seitdem erhöht und die Möglichkeit des Verzichts auf die Reisekostenerstattung aus dem Antragsformular entfernt. Bis zur endgültigen Antwort in Form einer Klassenfahrtrichtlinie dauerte es noch einmal fast fünf Jahre. Mit der Formulierung, dass „die Erstattung von Reisekosten [...] die Genehmigung der

Schulfahrt oder Exkursion voraus[setzt]“, hat der GK-Beschluss und das Urteil endlich seinen Platz in der der Klassenfahrtrichtlinie gefunden (siehe Transparenzportal der Behörde). Die Höchstkosten für Klassenfahrten wurden auch angehoben und sollen regelmäßig überprüft werden.

## Weitere Verbesserungen im Detail

Darüber hinaus hat die GEW-Fraktion des PR noch folgende Verbesserungen hineinverhandeln können: 1. Es müssen je Lerngruppe zwei Begleitpersonen zur Verfügung stehen. Weitere Begleitpersonen (...) können mitgenommen werden. 2. Referendar:innen nehmen im Rahmen ihrer Ausbildung als zusätzliche Begleitperson teil. 3. Beginnt oder endet eine Schulfahrt auf einem Wochenendtag, so haben die Begleitpersonen einen Anspruch auf einen zeitnahen angemessenen Zeitausgleich.

Ein Wehrmutstropfen bleibt leider noch, und das ist die Kontenfrage. Eine Lösung wurde uns von senatorischer Seite zwar zugesagt, lässt jetzt aber auch schon wieder ein Jahr auf sich warten. Das ändert aber nichts daran, dass niemand verpflichtet ist, sein Privatkonto für den Zahlungsverkehr zur Verfügung zu stellen. Erhöht vielleicht auch den Handlungsdruck. Schließlich möchte niemand, dass Fahrten ausfallen. Wir, die GEW-Fraktion des PR, bleiben dran.

## Das Ende des Rechts auf Selbstausbeutung

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Anerkennung rechtlicher Ansprüche durch die senatorische Behörde leider keine Selbstverständlichkeit ist. Allerdings, und das gehört auch zur Wahrheit, haben es die Beschäftigten an Schulen der Behörde auch leichtgemacht und es zu lange hingegenommen, unter anderem aus Sorge, Fahrten könnten ausfallen. In der Diskussion um den oben genannten Beschluss fiel auch der Satz, dass jeder das Recht habe, sich selbst auszubeuten. Ich bin froh, dass uns diese Freiheit in dieser Sache genommen wurde.

Dieser Erfolg zeigt, dass es sich lohnen kann, für seine Rechte zu kämpfen. Ach ja, und Fahrten sind an der Schule meines Wissens auch nicht ausgefallen, weil das Budget schnell angepasst wurde. In diesem Sinne wünschen wir von der GEW-Fraktion allzeit gute Fahrt. ■

# Lützi lebt

Auch die GEW Bremen war in Lützerath dabei

Von Elke Suhr

Wenn wir in unserem Berufsalltag Kinder und Jugendliche auf die Zukunft vorbereiten, ist es wichtig, uns auch dafür einzusetzen, dass diese überhaupt eine lebenswerte Zukunft haben, hier und überall auf der Welt. Auch wenn das Dorf Lützerath selber mittlerweile geräumt und zerstört wurde, der Wille weiter für den Klimaschutz zu kämpfen, lässt sich nicht räumen. Auch wir müssen uns weiter dafür einsetzen, dass das 1,5-Grad-Ziel gehalten wird. Dazu hat sich Deutschland verpflichtet und dafür muss die Kohle in der Erde bleiben. Deshalb fuhren auch wir am 14. Januar zur Demo nach Lützerath.

## Freude über die GEW

„Keep it in the ground“ wurde auch immer wieder skandiert. Beeindruckend war der dicht gedrängte, über mehrere Kilometer lange Demonstrationzug mit mehreren Zehntausenden Teilnehmenden. Auch wenn sehr viele junge Menschen teilgenommen haben, waren viele Menschen aus allen Generationen dabei. Die Demo zog im Dauerregen und bei hohen Windgeschwindigkeiten zunächst durch das 1100 Jahre alte Dorf Keyenberg, mittlerweile fast ein Geisterdorf, da es ursprünglich auch dem Tagebau weichen sollte. Entlang einer kleinen Landstraße ging es weiter bis zur Abschlusskundgebung, neben der Straße Gräben, Matsch und offene Felder, die zunehmend matschiger wurden. Auch auf den Feldwegen dazwischen bewegten sich Demonstrant\*innen in großen Anzahlen. Uns begegneten viele Menschen, die sich über die Anwesenheit der GEW freuten. Die Stimmung war gut, trotz des Wetters. Es waren weit mehr Leute gekommen als

*„Es tut gut, politisch agierende und organisierte Jugendliche zu sehen, Jugendliche, die überwiegend in unseren Bildungseinrichtungen waren.“*

erwartet. Wir standen bei der Kundgebung auf der vom Tagebau abgewandten Seite (reiner Zufall), verpassten dadurch auch die Schlammschlacht und Auseinandersetzungen mit einer offensichtlich überforderten Polizei.

## Engagierte Jugend

Klimaschutz als ein wichtiges Thema, mit dem auch wir uns als Bildungsarbeiter\*innen auseinandersetzen müssen, wurde an diesem Tag wieder auf die Tagesordnung gesetzt und muss noch stärker in der Gewerkschaft ankommen. Es war gut zu sehen, dass so viele Menschen dieses wichtige Thema

aufgegriffen haben. Aus Bremen und Bremerhaven allein waren mindestens 200 Menschen angereist, in Bussen, die von den Jugendlichen von fff organisiert waren, mit der Bahn und in Fahrgemeinschaften. Es tut gut, politisch agierende und organisierte Jugendliche zu sehen, Jugendliche, die überwiegend in unseren Bildungseinrichtungen waren. Den Kampf für eine lebenswerte Zukunft müssen wir gemeinsam führen. ■

Kollege Kai Reimers war auch in Lützerath. Sein Text kann unter [www.gew-hb.de/bildungsmagazin](http://www.gew-hb.de/bildungsmagazin) nachgelesen werden.



Klimaschutzeinsatz: Die GEW-Landessprecherinnen Barbara Schüll und Elke Suhr in Lützerath.

(Foto: Nick Strauss)

# Studierende als Ersatz für Lehrkräfte sind problematisch

Aktuelles aus der Fachgruppe Hochschule und Forschung

Von Ralf E. Streibl

## Weiterentwicklung des Rahmenkodex

Der Rahmenkodex „Vertragssituationen und Rahmenbedingungen von Beschäftigten an den staatlichen Bremer Hochschulen (2016)“ wurde in einer von der Senatorin für Wissenschaft auf gewerkschaftliche Anregung einberufenen Arbeitsgruppe ausgehandelt – beteiligt waren Hochschulleitungen, Personalräte, Gewerkschaften, Arbeitnehmerkammer und weitere Interessenvertretungen. Ein Jahr später wurde im Bremische Hochschulgesetz verankert, dass dieser Kodex von der Arbeitsgruppe evaluiert und weiterentwickelt wird. Dieser Prozess hat 2022 begonnen und inzwischen liegt ein von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften in Göttingen erstellter Bericht vor, der nun als Grundlage für die weiteren Gespräche und Verhandlungen dient. Die GEW Bremen sitzt dabei natürlich von Beginn an mit am Tisch und wird Anregungen, Forderungen sowie die Erfahrungen aus der Fachgruppe Hochschule und Forschung weiterhin aktiv in diesen Weiterentwicklungsprozess einbringen. Insbesondere wird es diesmal auch darum gehen, nicht nur Ziele im Rahmenkodex festzuhalten, sondern deren konkrete und systematische Umsetzung an den Hochschulen zu befördern.

## 6. Bremer Hochschulreformgesetz

Aktuell befindet sich das 6. Bremer Hochschulreformgesetz im parlamentarischen Prozess – es soll noch vor den Bürgerschaftswahlen verabschiedet werden. Gewerkschaften und die Personalräte von Universität und Hochschulen haben mehrfach – zuletzt bei einer Anhörung im Wissenschaftsausschuss der Bürgerschaft – zu verschiedenen Punkten des Entwurfs Stellung genommen sowie weitere Änderungen angeregt. Zwar steht der endgültige Beschluss noch aus, aber einige uns wichtige Punkte werden nach derzeitigem Stand Berücksichtigung finden. Schon jetzt ist absehbar, dass bei der nächsten Novelle des Hochschulgesetzes und dazugehöriger Vorschriften dann vor allem die Personalkategorien im Vordergrund stehen werden. Hier muss dann der weiterentwickelte Bremer Rahmenkodex ebenso berücksichtigt werden, wie die bundesweite Debatte um das Befristungsunwesen im Wissenschaftsbereich („Ich

bin Hanna“) und die für das Jahresende erwartete Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.

## Uni in die Innenstadt?

Wie der Presse zu entnehmen ist, nimmt die Debatte um einen Teilumzug der Uni Bremen in die Innenstadt nun konkret Fahrt auf. Nachdem die von vielen insbesondere auch angesichts des maroden Gebäudezustands sehr kritisch betrachtete Idee einer Übernahme des ehemaligen Sparkassengebäudes am Brill glücklicherweise vom Tisch ist, wird nun konkret über das ehemalige Landesbankgebäude gesprochen und es konkretisiert sich zunehmend die Idee für einen Umzug des Fachbereichs Rechtswissenschaften.

## Studierende im Schuleinsatz

Was heißt das für das Lehramtsstudium? Ein regelhafter intensiver Einsatz von Studierenden als Ersatz für fehlende Lehrkräfte in Schulen ist aus vielerlei Gründen problematisch. Nicht zuletzt hat er aber auch fatale Rückwirkungen auf das Lehramtsstudium. Aufgrund des Arbeitsdrucks besteht die Gefahr, dass das Studium vernachlässigt wird. Wenn Kurse und Seminare an der Universität, die angehende Lehrer\*innen auf ihren Beruf vorbereiten sollen, aufgrund der Anforderungen der Schultätigkeit nicht mehr besucht werden (können), hat dies nachhaltige Wirkungen. Die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Bremen wird sich in der nächsten Zeit verstärkt auch mit diesem Thema beschäftigen.

## Bürgerschaftswahlen

Wie schon bei der vorangegangenen Bürgerschaftswahl plant die Fachgruppe Hochschule und Forschung, im Vorfeld der Wahl den wissenschaftspolitischen Sprecher\*innen der Bürgerschaftsfraktionen einige konkrete Fragen mit Bitte um Stellungnahme zuzusenden. Die Antworten werden wir noch vor der Wahl in einem Semesterinfo veröffentlichen.



Ralf E. Streibl, Fachgruppe Hochschule und Forschung

# Briefe an die Redaktion

## Die Wahrheit aussprechen

**Zuschrift von Christiane Woltersdorff, Lehrerin an einer Oberschule, zur Kolumne von Angelika Hanauer „Alle Jahre wieder“ in der Ausgabe 6/22.**

Vielen, vielen Dank für das klare Aussprechen dieser Wahrheiten: das Bildungsniveau sinkt, die Abschlüsse sind entwertet. Das ist die tägliche Wirklichkeit, die wir erleben! Schülerinnen und Schüler, denen aus verschiedensten Gründen das Lernen schwerer als früher fällt, treffen auf zu wenig Lehrer:innen, Sonderpädagog:innen, und weitere Kolleg:innen mit pädagogischer Qualifikation. Und es erscheint so, dass die Bildungspolitik in dieser Situation viel Kraft investiert, zumindest auf dem Papier den Schein zu wahren. Ein beliebtes Vorgehen dabei, so tun, als ob alles einigermaßen läuft (siehe „Aufholen nach Corona“ – das Niveau sinkt allerdings), Prüfungen sollen stattfinden, aber dürfen sich nicht negativ auswirken (2022) und dabei möglichst diffus bleiben bei den schriftlichen behördlichen Anordnungen – im Zweifelsfall haben da die Lehrer:innen etwas falsch verstanden/gemacht.

Ein Beispiel aus dem Mathematikunterricht: Die Mindeststundenzahl von 22 Stunden in sechs Schuljahren (siehe Kontingentschulstundentafel für die Oberschule) ist nicht ausreichend, um den Bildungsplan zu erfüllen. Außerdem wissen wir ja, dass von der Stundentafel in der Praxis viele, viele Stunden ausfallen. Dieser nicht zu erfüllende Themendruck führt im schlechtesten Fall zu „teaching for the tests“, also dass Gegenteil einer sinnvollen Mathe-Didaktik. So fördern wir noch die Haltung (besonders bei Schüler:innen, denen Lernen schwer fällt): Mathe ist eine unverständliche, lebensferne Ansammlung von Regeln, die man für die Note auswendig lernen soll und dann vergisst. Statt also den Bildungsplan in „Kurzfassung“ umsetzen zu wollen, ist es wichtig, dass wir sagen/schreiben, welche Themen wir nicht schaffen unter diesen Bedingungen. Hat unsere Fachkonferenz Mathematik auch schon mal an die Verantwortlichen in der Behörde geschrieben, aber leider keine Antwort bekommen.

Es wäre ein großer, erleichternder Schritt nach vorne, wenn wir im schulischen Bildungsbereich alle gemeinsam die Wahrheit aussprechen und dann gemeinsam überlegen, wie unter den gegebenen Bedingungen, Schule so stattfinden kann, dass es für die persönliche und schulische Entwicklung der Schüler:innen hilfreich ist. Wider besseren Wissen den Schein eines ausreichenden Kompetenzaufbaus unserer Schüler:innen aufrecht zu erhalten, kostet unnötige Energie. Ehrlichkeit könnte Platz schaffen für neue Ideen.



## Geben Sie Kindern eine Zukunft

Kinder leiden am meisten unter den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel. terre des hommes setzt sich deshalb dafür ein, dass für Kinder das Recht auf eine gesunde Umwelt verwirklicht wird.

Geben Sie Kindern eine Zukunft und unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende oder durch Ihre aktive ehrenamtliche Mitarbeit bei uns.

 terre des hommes  
Hilfe für Kinder in Not



[www.tdh.de](http://www.tdh.de)

## Geheimdienste mischen bei Unruhen mit

### Zuschrift von Prof. Dr. Sönke Hundt zur Iran-Berichterstattung in der Ausgabe 6/22.

Die Nachrichten aus dem Iran sind wahrlich alarmierend! Ich werde aber trotz der Fülle der Nachrichten und Bilder das Gefühl nicht los, unvollständig und einseitig informiert zu werden. Ich finde es sehr bedauerlich, dass "meine" GEW-Zeitung nichts anderes macht, als das "wording" und das "framing", wie es der Mainstream vorgibt, nachzubeten und alternative Medien nicht zu berücksichtigen.

Als wir 2018 als Touristen im Iran waren, hatten wir viele politische Gespräche. Wir saßen auf dem Großen Platz in Isfahan, einer Stadt wie aus einem orientalischen Märchen, und unterhielten uns mit einem klugen, gut informierten und säkular denkenden Iraner über die Zukunft seines Landes. "Afghanistan, der Irak und Syrien sind unsere direkten Nachbarn. Wir wissen, was die regime-change-Politik dort gebracht hat, nämlich völlig kaputte und verarmte Gesellschaften. Auch Damaskus, Homs, Aleppo, Bagdad und Mossul waren mal schöne Städte mit einer uralten Kultur und Geschichte. Und heute?" Er hätte, sagte er, viel und grundsätzliche Kritik an der gegenwärtigen theokratischen Regierung. Aber einen regime change auf amerikanische Art – auf gar keinen Fall!

Im letzten "Bildungsmagazin" (Dezember 2022) erfährt man leider so gut wie nichts vom Kontext, von der Geschichte, von geopolitischen Zusammenhängen. Das Ziel im Lande, so heißt es lapidar, sei ein Wechsel des Systems und ein Ende des Regimes. Alle Schichten der Bevölkerung würden sich beteiligen, es wäre eine "Revolution" oder sogar ein "feministischer Aufstand" (S. 29).

Aber ist das so? Ich habe da so meine Zweifel. Und ich würde auch gern wissen, wieviele und welche Geheimdienste und

NGOs mit wieviel Geld und wieviel Waffen bei den jetzigen Unruhen mitmischen. Müssen wirklich, wie in den Artikeln suggeriert wird, alle Frauen im Iran einen Schleier tragen, der das Gesicht bedeckt? Als wir im Iran waren, trugen die Frauen ihr Kopftuch (keinen Schleier!) in bunten Farben häufig auf dem letzten Haaransatz – wie man das auch in allen Reiseprospekten und Bildbänden über den Iran sehen kann. Nur Frauen mit religiösen Überzeugungen bedeckten ihr Haar vollständig.

Werner Pfau bemängelt, dass Sarah Wagenknecht (die selber iranische Wurzeln hat) nicht in das westliche Mainstream-Narrativ vom notwendigen regime change mit einstimmt – vielleicht hat sie ihre (guten) Gründe. Und was die Polemik gegen das Friedensforum soll ("Das Bremer Friedensforum entblödete sich nicht..."), ist mir völlig unverständlich. Offenbar bezieht sich hier der Autor auf eine Kundgebung vom 3. Januar 2020, auf der gegen die Ermordung des iranischen Generals Soleimani durch eine us-amerikanische Drohne in Bagdad protestiert wurde. Ist der Protest gegen diesen natürlich völlig völkerrechtswidrigen Gewaltakt "blöde"? Dieser Meinung kann man nur sein, wenn man fest an das Gute der westlichen Interventionspolitik glaubt und die unzähligen Provokationen und Aktionen gegen den Iran als "Regionalpolitik der USA" (S. 34) verniedlicht.

Dass die Sittenpolizei von der iranischen Regierung aufgelöst wird, ist sicherlich ein Hoffnungszeichen dafür, dass sich der theokratische Zugriff auf die Gesellschaft lockert. Ich hoffe jedenfalls, dass der iranischen Gesellschaft eine Entwicklung ohne Einmischung von außen gelingt und dem Land ein regime change wie in seinen gequälten und misshandelten Nachbarstaaten erspart bleibt!

Liebe Leser:innen,  
die Redaktion weist darauf hin, dass der Inhalt der Briefe  
die Ansicht der Einsender:innen wiedergibt, die mit der Meinung der  
Redaktion nicht unbedingt übereinstimmt.



# Wir trauern um Axel Dietrich

GEW-Kämpfer in vorderster Linie

Von Peer Jaschinski

Schon kurz nach dem Eintritt in die GEW brachte sich Axel Dietrich inhaltlich in die Diskussion um die Sozial- und Erziehungsberufe in den Schulen ein. Mit dem Wechsel von der Beruflichen Bildung Bremerhaven in den Schuldienst entstand für Axel ein ganz neuer Aufgabenbereich in der Schulsozialarbeit an der Beruflichen Schule für Technik. Schnell war ihm klar, dass Schule ein anderer und besonderer Arbeitsort ist. Konzepte für die Schulsozialarbeit an einer beruflichen Schule lagen in Bremerhaven zu der Zeit noch nicht vor. Axel reagierte sofort und vernetzte sich mit den Kolleg:innen der anderen Schulen in Bremerhaven. Themen waren die damals noch mangelnde Ausstattung der Arbeitsplätze, die Rolle der Schulsozialarbeit im Kollegium einer Berufsschule und vor allem die konzeptionelle Ausrichtung in der Arbeit mit jungen Erwachsenen im Übergang in das Berufsleben.

## Multiprofessionalität als Herzenthema

Besonders in der Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen in den Schulen wollte Axel mehr erreichen und so kandidierte er erfolgreich für den Personalrat Schulen in Bremerhaven. Dort vertrat er immer die Interessen seiner sozialpädagogischen Kolleg:innen. So wurde er auch im erweiterten Vorstand und im Stadtverbandsvorstand aktiv und kämpfte an vorderster Linie in diversen Tarifrunden nicht nur um Gehaltserhöhungen, sondern auch immer wieder um die Bedingungen in der Arbeit im Sozial- und Erziehungsdienst. Bis zuletzt wirkte Axel bei der Organisation der Bremerhavener Grundschultage mit, an



Axel Dietrich

denen es in diesem Jahr um die Multiprofessionalität im Ganztage geht. Für Axel seit Jahren ein Herzenthema. Wir werden Axel sehr vermissen und behalten ihn in liebevoller Erinnerung.

Axel Dietrich verstarb am 19. Januar 2023 im Alter von 62 Jahren. ■

# Bücher & Medien



zusammengestellt von Wilfried Meyer



## Lehrerin einer neuen Zeit, Maria Montessori

Laura Baldini, Verlag Piper, 2021, 12,99€

Rom 1896. Erschütterung bei Maria als sie den als „schwachsinnig“ bezeichneten Kindern in der Klinik zum ersten Mal begegnet. Sie blickt in todtraurige Augen und beschließt Spielzeug auszuteilen. Von dem Moment an erwachen die Kinder aus ihrer traurigen Starrheit und empfinden

Glück genauso wie Maria Montessori, die dadurch eine große Karriere in der Pädagogik beginnt.

„Ich war in den letzten Wochen eure Lehrerin, aber in Wahrheit wart ihr es, die mich unterrichtet habt... Ihr habt mich gelehrt, dass ihr euch selbst helfen könnt.“ Ein Buch, erschienen in der Reihe „Bedeutende Frauen, die die Welt verändern“.



## Im Krieg verlieren auch die Sieger

Daniela Dahn, Verlag rororo, 2022, 16€

Aus dem Presstext: „Es ist wieder Krieg in Europa. Und längst geht es nicht mehr um die Frage, ob wir involviert sind, sondern um das Wie. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist die westliche Sicherheitsarchitektur zusammengebrochen. Aber gab es sie jemals?“ Was wird dort verteidigt? Muss die Ukraine siegen

und geht das überhaupt? Sind wir nicht schon mitten im Krieg durch die Sanktionen, die Waffenlieferungen usw.? Ein durch die aktuellen Panzerlieferungen und die Forderungen nach mehr und mehr Waffen, jetzt auch Flugzeugen, U-Booten... hochaktuelles Buch, welches Texte der Börne-Preisträgerin und andere präsentiert. Daniela Dahn ist unbequem und macht sich ihre eigenen Gedanken. Lesenswert.

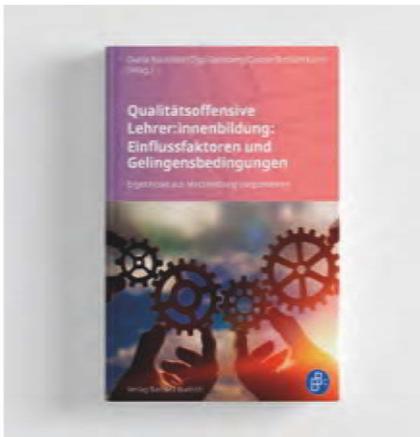


## Drei Frauen träumten vom Sozialismus

Maxie Wander- Brigitte Reimann- Christa Wolf, Autorin Carolin Würfel, Hanser Berlin, 2022, 22€

Ikonen der DDR-Literatur werden hier gezeigt und porträtiert. Die drei glaubten an das Versprechen eines Sozialismus. Sie waren bereit, den Traum von einer anderen Art von Mensch, einen anderen Alltag privat in Beziehungen, aber auch im Beruf, umzusetzen. Wie diese Frauen

selbstbewußt in den 50er und 60er Jahren ihre Ziele verfolgt haben und sich gegenseitig unter die Arme griffen, davon erzählt Carolin Würfel mitreißend, auch wenn viele der Träume einfach zerplatzten.



**Qualitätsoffensive**

Raufelder/Steinberg/Retzlaff-Fürst , Verlag Barbara Budrich, 2023, 28€

Ein Buch über die LehrerInnenausbildung: Einflussfaktoren und Gelingensbedingungen, Ergebnisse von Untersuchungen aus Mecklenburg-Vorpommern.

Drei Professorinnen präsentieren interdisziplinäre Projekte zur Weiterentwicklung der Qualität von Ausbildung unter den Aspekten Anforderungen, Heterogene Gruppen und Inklusion. Aus Projekterfah-

rungen werden Gelingensbedingungen abgeleitet. Machen Monitoringkonzepte Sinn in der Ausbildung? Erfahrungen mit multi-systemischer Arbeit in Familienklassenzimmern. Es werden unterschiedliche Fächer und Projekte in diesen vorgestellt. Wer Spaß hat an Unterrichtstheorie, Forschung und mit nicht ganz leichter Lektüre wenig Probleme hat, für diejenigen kann das Buch interessante Aspekte liefern. Für den Umfang des Buches im Taschenformat ist der Preis nicht angemessen.



**Perspektiven nach dem Ukraine-krieg** – Europa auf dem Weg zu einer neuen Friedensordnung?

Julian Nida-Rümelin, Matthias Kumm, Erich Vad, Albrecht von Müller, Werner Weidenfeld, Antje Vollmer, Verlag Herder, 2021, 16 €

Der Krieg in der Ukraine hat alle Hoffnung zerstört, dass Europa keine bewaffneten Konflikte mehr erlebt. Wieder, wie nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, muss eine neue Friedensordnung gefunden werden. Dazu muss über die aktuelle militärische Lage

im Ukrainekrieg hinausgedacht werden. Der Philosoph Julian Nida-Rümelin hat gemeinsam mit anderen ein Buch veröffentlicht, das einer Verkürzung der aktuellen Debatten auf die militärische Logik und gleichzeitig einer falsche Moralisierung der Außenpolitik entgegenhält. Im Fokus stehen unterschiedliche Perspektiven für eine neue Realpolitik, in der die Interessen der Ukraine berücksichtigt und zugleich die Chancen für stabile Sicherheit und Frieden ausgelotet werden. Nida-Rümelin warnt vehement vor dem völligen Rückzug aus globalen Abhängigkeiten. Er sieht darin eine neue Blockbildung wie im Kalten Krieg



**Geben Sie Kindern eine Zukunft**

Kinder leiden am meisten unter den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel. terre des hommes setzt sich deshalb dafür ein, dass für Kinder das Recht auf eine gesunde Umwelt verwirklicht wird. Geben Sie Kindern eine Zukunft und unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende oder durch Ihre aktive ehrenamtliche Mitarbeit bei uns.

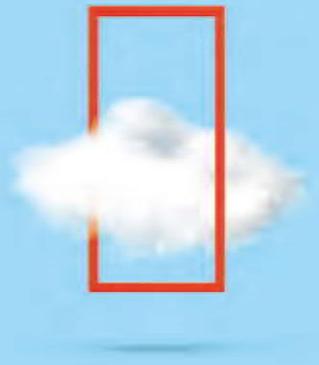
**terre des hommes**  
Hilfe für Kinder in Not

[www.tdh.de](http://www.tdh.de)



# Durchfrustrieren ist total angesagt

Raucht mal was!



Von Wilfried Meyer

Wie sieht es in Schulen und Kitas aus? Gehen wir's mal spielerisch an: „Es sind Krieger auf dem Platz, die mit Herz spielen“ (Flick).

Heute sprechen wir unter anderem über die salutogenesen Grundprinzipien der Schulbehörde. Und schauen „prospektiv auf die Betreuungsbedarfe“ (O-Ton). Senator Willi Lemke sprach einst über sein behäbiges „Dickschiff Behörde“, er oberster Steuermann, alles immobil und träge. Lange her, heute wissen wir, dass er metaphorisch die Titanic meinte, die von Havarie zu Havarie torkelt. Bild des Bildungsuntergangs der Bildungslandschaft Bremen, welche leider nicht mehr zu retten ist. Schade, mit den Stadtmusikanten hatte es dereinst zukunftsweisend angefangen, heute zieht es keine/n Esel\*in mehr hierhin, denn den Bildungs-Tod findet er doch überall. Auch der chorale Henning Scherff hat es nicht gebracht, selbst die Umarmung des Königs von Tonga gelang ihm nicht, zu dick. Von Bildung wussten alle nur so viel wie sie durch Osmose aufgenommen haben. Man kann Steuerfrau auf Steuermann aufzählen, alle aus dem gleichen Mief-Stall. Nicht mal Stinktänks empfehlen die Aufnahme der Bildung als Schwerpunkt im SPD-Wahlkampf für 2023. In Memoriam guter Vorsätze, die nie ernst gemeint waren, noch einmal zur Erinnerung.

## Wumms und Wendolin (ZDF)

Für die Jüngeren: 2008 war Bildungsgipfel in Dresden, dort wurden zehn Prozent vom BIP für Bildung bis (Achtung!) 2015 anvisiert (Mutti). 2022 gab es den Gip-

fel, auch Zeitenwende oder Doppelwumms genannt, von 100 Milliarden Euro über Nacht. Hier gelang endlich die Ökonomisierung, der gewünschte Output einer marktkonformen Demokratie (Mutti). Nur wir nennen es nicht bilden, auch nicht biden oder blinken, sondern formen. Damit können wir die Bundeswehr neu formieren, die darbenenden Rüstungskonzerne formvoll mit „Über“gewinn performen, Länder und Städte verformen und alles wieder reformvoll aufbauen. Das hat jedenfalls im Gegensatz zu verlorenen Investitionen in Schulen und Kitas alles Hand und Fuß, es sei denn, die sind schon abgeschossen. (Bilder von Kriegsheimkehrern schwer zu guckeln)

## Ohne Schwerkraft alles leichter?

Punktgenau formuliert: „Wenn wir weiterkommen, wird der Punkt der Knackpunkt sein“ (T. Müller), während der WM mit Katarrh, einer „konservativen Monarchie“/Tagesschau). Im Ernst? Gesunde Bildung gelingt mit gesunden Kollegien, gesunden Räumen, in gesunden Städten mit gesunder Infrastruktur von Straßen und Brücken. Es gibt sogar eine Fürsorgepflicht der Behörde. Unser Reportersteam hat sich vergeblich auf die Suche danach gemacht. Angetroffen wurden eine kränkelnde Jugend, der die Fitnessapp nicht weiterhilft. Schulen und



(Karikatur: Manfred Deix)

Lehrkräfte ohne Kräfte, kraftlos. Auch die gewünschte Selbstoptimierung von Mensch und Gebäuden und ... versagt. Schulleitungen treten zurück, andere werden gesucht. Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit, Schulhunde, alles darbt und gammelt vor sich hin. Gut, dass noch verbeamtet wird, sonst wäre der Laden leergefegt.

Zur nächsten Wahl möchte ich Hoffnung verbreiten: Es gibt noch genug Menschen, denen ihre Karriere wichtig ist. Menschen, die nichts gelernt haben, aber Politik können. Welche, die ihr Herz auf der Zunge tragen und ihre Versprechen gut auszudrücken vermögen. Zusammengefasst vom Rhetoriker T. Müller: Politik und „Fussball ist ein nacktes Ergebnispiel“. Ich rate immer zu Qualität, Qualanal, Qualitätsinstitute und Überseestadt mit Tabakquartier. Raucht mal was!

## Termine



### AK FG-Aufbau

Montag, 13. Februar, 15 Uhr,  
Online via Zoom

### AK Senioren

Dienstag, 14. Februar, 10.30 Uhr,  
Tivoli-Saal im DGB Haus

### FG Erwachsenenbildung

Freitag, 17. Februar, 14.30 Uhr,  
GEW-Sitzungszimmer

### Vertrauensleute

Dienstag, 21. Februar, 17 Uhr,  
GEW-Sitzungszimmer

### Vortrag: Bildung oder Anpassung? - Wege zu einer Schule mit Sinn

Montag, 27. Februar, 19.30 Uhr,  
Haus der Wissenschaft  
Eintritt ist frei, Spenden erbeten.

Anmelden: [irmgard.laaf@nord-com.net](mailto:irmgard.laaf@nord-com.net)  
oder [info@roland-regional.de](mailto:info@roland-regional.de)

Nächste Ausgabe  
am 23. März 2023

Schwerpunktthema

## Bürgerschaftswahl -

Welche Priorität bekommt die Bildung?

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Euch zu unserem  
Arbeitstitel etwas einfällt,  
dann schreibt uns gerne Eure Ideen an  
[bildungsmagazin@gew-hb.de](mailto:bildungsmagazin@gew-hb.de)

## Impressum

### bildungsmagazin

Januar / Februar 2023  
72. (84.) Jahrgang

### Herausgeber

Landesverband Bremen der GEW  
Bahnhofplatz 22-28  
28195 Bremen

Tel. 0421 337 64-0  
Fax 0421 337 64 30  
[bildungsmagazin@gew-hb.de](mailto:bildungsmagazin@gew-hb.de)  
[www.gew-bremen.de](http://www.gew-bremen.de)  
[www.gew-bremerhaven.de](http://www.gew-bremerhaven.de)

Geschäftszeiten: Mo - Do 9 - 12.30,  
13 - 16 Uhr und Fr 8 - 14 Uhr

### Redaktion

Susanne Carstensen  
Tel. 0152 31882209  
[susanne2000@gmail.com](mailto:susanne2000@gmail.com)

Swantje Hüsken  
Tel. 0151 10774532  
[huesken@posteo.de](mailto:huesken@posteo.de)

Karsten Krüger  
Geschäftsführender Redakteur  
Tel. 0173 6831678  
[kkrueger@posteo.de](mailto:kkrueger@posteo.de)

Wilfried Meyer  
Tel. 0170 2953984  
[wilfmey@t-online.de](mailto:wilfmey@t-online.de)

Werner Pfau  
Tel. 0172 1609809  
[internationales@gew-hb.de](mailto:internationales@gew-hb.de)

**Korrektur**  
Gerhild Fiege

**Verlag**  
Bonifatius GmbH  
Druck - Buch - Verlag  
Karl-Schurz-Str. 26  
33100 Paderborn  
Tel. 05251 153-171  
[verlag@bonifatius.de](mailto:verlag@bonifatius.de)

**Layout und Gestaltung**  
das grafik.buero  
Kai Becker  
Tel. 0173 7458834  
[www.dasgrafikbuero.net](http://www.dasgrafikbuero.net)

**Anzeigen**  
Anzeigenpreisliste  
Karsten Krüger  
Tel. 0173 6831678  
[kkrueger@posteo.de](mailto:kkrueger@posteo.de)

### Anzeigenschluss

Heft 2 am 12.03.2023

Der Bezugspreis des bildungsmagazins ist im  
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis  
jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl.  
Mwst.

**Die Redaktion arbeitet laut Satzung  
eigenverantwortlich. Die mit dem Namen  
der Verfasser:innen oder anderweitig  
gekennzeichneten Artikel geben nicht  
unbedingt die Meinung der GEW-Gremien  
oder der Redaktion wieder.**

Nachdruck - auch auszugsweise - nur nach  
Information der Redaktion



[www.blauer-engel.de/uz195](http://www.blauer-engel.de/uz195)

- ressourcenschonend und  
umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

RG4

Papier: Circle Volume, 100%,  
Recyclingpapier

Auflage: 5500 Exemplare



**Auch wenn Euer Geduldsfaden gespannt oder gerissen ist, haltet bitte durch. Denn in sechs Wochen gibt es schon wieder das nächste bildungsmagaz!n.**

**Schöne Tage wünscht die Redaktion**

## Seminare

### Seminar für Personalausschüsse

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem und die Abgrenzung zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert. In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.

**Dienstag 28. Februar, 9 bis 16 Uhr**

Bremen, DGB-Haus

Leitung: Frank Zylinski, Christian Dierbach  
kostenlos für GEW-Mitglieder inklusive Verpflegung (Nicht-Mitglieder: 20€)

### Exposé-Schreibwerkstatt

Das Exposé ist Voraussetzung für die Bewerbung um ein Promotionsstipendium, manchmal auch für wissenschaftliche Stellen. Vor diesem Hintergrund sollen Aufbau, Inhalte, wissenschaftliches Arbeiten, eigenes Schreiben, Beispiele und gegenseitige Unterstützung im Vordergrund stehen. Ergänzt wird dies durch Schreibübungen und Planungsstrategien. Gerne können vorliegende Entwürfe bzw. Fragmente mitgebracht werden.

**Samstag, 4. März, 11 Uhr bis**

**Sonntag, 5. März, 17 Uhr**

Bremen, DGB-Haus

Leitung: Frank Zylinski, Christian Dierbach  
kostenlos für GEW-Mitglieder inklusive Verpflegung (Nicht-Mitglieder: 20€)

### Konferenzrechte

Was ist möglich, um Einfluss zu nehmen? Konferenzen sind ein wichtiges Gremium zur Gestaltung des Schullebens. In diesem Seminar sollen die Handlungsmöglichkeiten der Kolleg\*innen an Beispielen praktischer Erfahrungen geklärt und gestärkt werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Austausch zwischen den Schulen. Themen: • Rechtliche Grundlage auf der Basis des neuen Bremer Schulverwaltungs-gesetzes • Stimmberechtigte, Entscheidungsbereiche, Festlegung der Tagesordnung, Anträge, Umgang mit geheimen Abstimmungen.

**Dienstag, 21. März, 9 bis 16 Uhr**

Bremen, DGB-Haus

Leitung: Frank Zylinski, Christian Dierbach  
Kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht Mitglieder: 15€)



### Preisrätsel

Es gab schon mal bessere bildungspolitische Zeiten im Land Bremen. Der Geduldsfaden droht bei vielen zu reißen oder ist schon gerissen. Auch wir berichten in dieser Ausgabe über das eine oder andere Bildungsproblem. Aber Schwierigkeiten können auch gewinnbringend sein. Wer schnell und richtig die folgenden vier „Problemfragen“ beantwortet, hat gute Chancen etwas Prickelndes, also den leckeren GEW-Sekt, zu gewinnen,

#### Frage:

In welcher Bremer Schule wurden mehrere (noch unbeantwortete) Gefährdungsanzeigen gestellt?

Wer arm ist, hat geringere Bildungschancen. Wann findet die 5. Armutskonferenz in Bremen statt?

Wer antwortete auf der Personalversammlung oft mit dem Satz „Das müssen wir uns genau ansehen“?

Wer berichtet in diesem Heft über die „Last an der Mehrarbeit“?

**Antwort:** per Mail an [bildungsmagazin@gew-hb.de](mailto:bildungsmagazin@gew-hb.de)  
Auflösung in Heft 2/2023.

**Preise:** Die ersten drei richtigen Mails werden mit einer Flasche GEW-Sekt belohnt. Viel Spaß und Erfolg wünscht die Redaktion. (krü)